



# Das Moskauer Urteil

Moskau, 2. Dezember (Eig. Bericht). Das Zentralkomitee der Sowjetunion erklärte das Gnadengesuch des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion der in Sachen der konterrevolutionären Organisation, genannt „Industriepartei“, beantragten, und beschloß:

1. In Anbetracht dessen, daß die Verurteilten nicht nur gefährlich sind und die begangenen Verbrechen bereuen, sondern durch ihre Aussagen in der Vorbereitung und Unterzeichnung ihrer konterrevolutionären Organisation entwaffneten, die eine Ugelehr und das ausführbare Organ für die Direktoren der Interkontinentalen und Militärkräfte des bürgerlichen Frankreichs und seines Anhängers, des „Handels- und Industriekomitees“, war,

2. daß die Sowjetregierung nicht nachgefühlt Raum geben kann, besonders nicht gegenüber unschuldig Gemachten, Geständigen und ihre Verbrechen Bereuenden wird die Todesstrafe, zu der Kamsin, Tscharnowski, Kalkunow, Larischew und Siebotow verurteilt waren, in eine zehnjährige Gefängnisstrafe mit vollständiger Verlust der Bürgerrechte und Einziehung des Vermögens verwandelt.

Für die zu zehnjähriger Gefängnisstrafe verurteilten Ostlin, Sitain und Kuprianow wird die Strafe auf acht Jahre Gefängnisstrafe mit Einziehung des Vermögens und fünfjährigem Verlust der Bürgerrechte vermindert.



Die „Rote Fahne“ schreibt zu den Moskauer Todesurteilen und der Begnadigung der Angeklagten:

Im Namen des Sowjetrussischen Volkes und der Verteidigung des Sozialismus, im Namen des revolutionären Proletariats der ganzen Erde wurde das Todesurteil gefällt. Wir begrüßen es. Mit uns alle, deren Herzen mit denen der unvergleichlichen Eroberer des Sozialismus zusammen schlagen, und die um des Lebens der proletarischen Zukunft willen den Tod der konterrevolutionären Kriegsverbrecher forderten. Oft haben wir, die wir noch in kapitalistische Fesseln geschlagen sind, um unser Vaterland gebangt, als während des Bürgerkriegs und der ersten imperialistischen Interventionen der zur Wahrheit gemordete Freiheitsstraum der Unterdrückten aller Jahrhunderte bedroht war. Nicht auszudenken der Blutozean, in dem eine siegreiche Konterrevolution das erste Land des siegreichen Proletariats ertränkt hätte — ertränkt wird, wenn die mörderischen Pläne der Verschwörer und ihres Auftraggebers, des Hauptangeklagten und vorbestraften Kriegsverbrechers Poincaré jemals Wirklichkeit würden.

Wenn die Sowjetregierung Kamsin und Konsorten, die den Tod tausendmal verdient haben, trotzdem begnadigte, so ist das der Ausdruck ihrer Stärke und keine Umwandlung unangebrachter Sentimentalität. Die einmütige Forderung des revolutionären Proletariats in allen Ländern, die Feinde zu erschlagen, zeigte dem russischen Proletariat die Verbundenheit mit den Brüdern jenseits der Grenzen im gemeinsamen rücksichtslosen Kampf gegen den Faschismus und alle Feinde der Arbeiterklasse. War das Urteil der Ausdruck für die ganze Härte der proletarischen Diktatur, die der Konterrevolution, wo immer sie sich zeigt, den Kopf zertrümmert, so ist die Begnadigung ein leuchtendes Signal des Triumphes des Sozialismus. Das ist die sichtbare Demonstration der Sowjetregierung gegen die in Abwesenheit angeklagten Imperialisten, daß die Sowjetunion alle konterrevolutionären Bestrebungen im Lande rücksichtslos verfolgt, aber nicht mehr zu fürchten hat.

Dieser historische Prozeß in der neuen Vorkriegszeit, in der Periode der Vorbereitung der imperialistischen Kriege gegen die Sowjetunion, diese Aktion der Sowjetregierung zur Heiligung des Friedens, hat der Arbeiterklasse nicht nur die Gefahr, sondern auch die Nähe des kommenden Krieges gegen die Sowjetunion signalisiert. Auf der Anklagebank saß nicht nur der französische Imperialismus, sondern der Imperialismus der ganzen Welt.

Die faschistische Diktatur in Deutschland verschärft die Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion. Sie bedeutet Bürgerkrieg nach innen und Krieg nach außen. Der Faschismus selbst ist bereits der Ausdruck für das Nahen des Krieges. Die Nationalsozialisten sind bereits seit Monaten offen in die Front der imperialistischen Bestrebungen eingeschwenkt und werden sich bei weiterer Entwicklung des Faschismus in Deutschland offen als Landsknechte gegen den „Bolschewismus“ betätigen. Die deutsche Arbeiterklasse unter der Führung der Kommunistischen Partei, Seite an Seite mit dem russischen Proletariat, wird die Entzweiung des mörderischen Krieges zu verhindern wissen. Notwendig ist aber, daß heute bereits an allen Fronten des Klassenkampfes der Faschismus geschlagen wird. In diesem Kampf sind alle diejenigen Feinde, die, wie die sozialfaschistischen Führer, die wahre Lage verschleiern und das Proletariat in jeder Beziehung entwaffnen.

Wir stehen vor entscheidenden Kämpfen in Deutschland. Diese Kämpfe gehen auf der einen Seite die Einheitsfront aller faschistischen und antibolschewistischen Kräfte von Hitler bis Freitshaid, auf der anderen Seite die wahre Einheitsfront des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei. Die faschistische Diktatur und damit die Kriegsgefahr kann nur überwunden werden durch das revolutionäre Proletariat und kann nur abgelöst werden durch den Kommunismus. In diesem Kampf gegen den Faschismus ist der Moskauer Prozeß eine scharfe Waffe. Einzelne Personen können begnadigt werden. Das Todesurteil über Imperialismus und Faschismus, gegen die sich der Prozeß richtete, kann durch keine Begnadigung aufgehoben werden. Das aufreizende Proletariat wird es vollstrecken.

## Faschistisches Waffenlager in Bayern

### Zusammenarbeit von Faschisten und Polizei

München, 9. Dezember. Im Chiemgau, der Zentrale der faschistischen bayerischen Heimwehr-Bewegung, wurde in diesen Tagen bei dem Justizrat Adam in Rosenheim ein faschistisches Waffenlager von der Polizei beschlagnahmt. Unser Münchener Bruderorgan schreibt dazu, daß in Rosenheim allgemein bekannt ist, daß auch bei verschiedenen anderen namhaften Bürgern in Rosenheim und Umgebung weitere Waffenlager vorhanden sind. Die bürgerliche Presse schweigt sich darüber vollkommen aus. Statt dessen berichtet sie von einer angeblichen Auffindung eines kommunistischen Waffenlagers in Wasserburg.

Die Vorgänge sind kennzeichnend, denn es steht fest, daß die Faschisten einige Waffen in den Holzschuppen eines Genossen kammerten und dann auftragsgemäß die Polizei hinstellten.

# Feige und erbärmlich

## „Linke“ Demagogie zum sozialdemokratischen Vertrauensvotum für Brüning

Während der größte Teil der sozialdemokratischen Presse die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes offen unterstützt, lesen wir in einem Teil der „linken“ SPD-Presse demagogische Phrasen über die Haltung einiger „linker“ SPD-Abgeordneter.

So schreibt in der Chemnitzer „Volkstimme“ vom 8. Dezember der „linke“ Hermann Fleißner in einem Artikel „Der gefährliche Kurs“ folgendes:

„Nach der Auflösung (des Reichstages) erfolgte eine neue, viel umfangreichere, brutale Notverordnung. Die letzte Notverordnung vom Dezember hat nun nach langer erster Fraktionsberatung im Reichstag die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion durch einen Beschluß der Fraktionsmehrheit erhalten.“

Damit charakterisiert Fleißner den Schwindel von den angeblich erstrebten Milderungen der Notverordnung. Die von der SPD eingebrachten Gesekentwürfe beschreibt Fleißner folgendermaßen:

„Wenn schon die Verbesserungen der neuen Verordnung auf parlamentarischem Wege nicht möglich waren, dann werden es weitere und weitergehende Forderungen erst recht nicht sein. Es ist also falsch, in dieser Hinsicht trügerische Hoffnungen zu erwecken.“

Trotzdem also Fleißner feststellen muß, daß die Reaktion auf der ganzen Linie gestiegt hat, findet er auch nicht ein einziges Wort des Kampfes, weder gegen den Parteivorstand, noch gegen die Brüning-Diktatur.

Das gleiche macht Max Seydewitz, der in der „Mauener Volkszeitung“ die traurige Rolle der „linken“ Selben beschreibt. Er sagt:

„Eine Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat bei der Abstimmung in der Fraktion gegen die von der Mehrheit getroffene Entscheidung gestimmt, ein Teil dieser Minderheit hat bei der Abstimmung im Reichstag von dem ihm nach den Gesetzen der Fraktionsdisziplin zustehenden Recht Gebrauch gemacht, und sich an den entscheidenden Abstimmungen im Reichstag nicht beteiligt (das heißt, sie sind herausgegangen und haben überhaupt nicht abgestimmt. Die Red.).

Das schreiben dieselben Leute, die nach der Abstimmung am 18. Oktober den Mund nicht voll genug nehmen konnten von dem Kampf, den sie jetzt gegen den Parteivorstand und gegen den Faschismus führen werden. Sie stellten damals fest, daß die Brüning-Regierung den Faschismus in den Sattel hebt und wollten die Arbeiter zum „Kampf gegen den Faschismus“ mobilisieren. Nichts haben sie von diesen Versprechungen gehalten, sondern sie krochen vor dem Parteivorstand ebensogut wie vor Brüning auf dem Bauch und stehen sich von der Fraktionsmehrheit „vergewaltigen“.

# Der Inhalt der Notverordnung

## für die die SPD im Reichstag gestimmt hat

### „Für dich der Pfennig — für sie die Mark“

Der Inhalt der neuen Diktaturverordnung Brünings läßt sich in einem Satz zusammenfassen: riesige Liebesgaben an alle Schichten der bestehenden Klasse und neue ungeheure Lasten auf die Schultern des arbeitenden Volkes.

### Höhere Steuern, Zölle und Mieten

Die alte Notverordnung vom Sommer 1930 ist mit unwesentlichen Änderungen in die neue Verordnung übernommen worden. Es bleibt bei der Regesteuer, bei der Lebigensteuer, bei dem Krankentribut, allerdings mit der Verschärfung, daß die bisher zeitlich begrenzten Maßnahmen in dauernde verwandelt werden.

Die Neubelastung wirkt sich wie folgt aus:

Umwandlung der zeitbegrenzten Lebigensteuer in eine dauernde	132 Millionen
Erhöhung der Tabaksteuer	197
Kürzung der Beamtengehälter um 6 %	500
Dauerbelastung durch Regesteuer, Gemeindesteuer und Gemeindegetränkesteuer	500

Dies ist jedoch noch nicht die endgültige Neubelastung der Massen, deren Einkommen selbstverständlich um diese Summe verfürzt wird.

Im letzten Augenblick hat die Reichsregierung in die Notverordnung eine Reihe von zollpolitischen Maßnahmen hineingenommen, die zwangsläufig preistreibend wirken müssen. Es handelt sich hier in der Hauptsache um höhere Zölle auf Futtermittel, was zur Folge haben wird, daß alle tierischen Produkte, Fleisch, Butter und Eier, verteuert werden. Auch das ist ein Beitrag zur sogenannten Preislenkung durch die Reichsregierung.

Von gefährdeter katastrophaler Auswirkung in der weiteren Entwicklung ist das Gesetz über Abbau und Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft. Nach mehr als bisher werden die Hausbesitzer den größten Teil der Hauszinssteuer für sich schlucken. Die kassenweise Befreiung der Schutzbestimmungen für minderbemittelte Mieter wird zu einem schrankenlosen Mietwucher führen, der den Hauspächtern mehr Profite, nicht nur um Hunderte von Millionen, sondern um Milliarden Mark einbringen wird.

### Die aufreizende Steueramnestie für die Millionäre und andere Liebesgaben

Ueber die bestehende Klasse wird ein Füllhorn von Liebesgaben ausgeschüttet. Da ist zuerst einmal die Steueramnestie. Für die Proletariat und den verarmten Mittelstand, den schon die bisherige Steuerpolitik ruiniert hat, ist es geradezu aufreizend, wenn sie erfahren, was im Kapitel VII der Notverordnung den steuerpflichtigen Millionären versprochen wird. Danach wird die Reichsregierung ermächtigt, Personen, die steuerpflichtige, insbesondere Vermögen und Einkommen, der Steuerbehörde bisher nicht angegeben haben, von der Strafe (1) für diese Steuerhinterziehung zu befreien. Ist das schon toll, dann erst recht die weitere Bestimmung, daß diese Verbrecher, die eigentlich ins Zuchthaus gehören, auch von der Nachzahlungspflicht (1) befreit werden.

Dieselbe Regierung, deren Justiz kommunistische Gemeindevertreter wegen Aufforderung zum Steuerstreik der Minderbemittelten hinter Schloß und Riegel bringt, sanktioniert und belohnt nachträglich jene Kapitalisten, die für sich schon seit Jahren den Steuerstreik praktizieren. Diese Steueramnestie ist geradezu Hohn und Spott für alle die Dummköpfe, die in der Vergangenheit ordnungsgemäß Steuern gezahlt haben. Ja, sie ist eine direkte Aufforderung zur Steuerhinterziehung. Wenn man bedenkt, daß selbst von amtlicher Seite die ins Ausland geflüchteten Kapitalisten auf 15 bis 17 Milliarden Mark geschätzt werden, dann ist nicht schwer zu errathen, daß durch diese Amnestie mehr als 1 Milliarde Steuergelder verloren gehen. Die Sozialversicherung und die Wochenbeihilfe werden abgebaut, weil „kein Geld“ da ist.

So heißt es: In Wirklichkeit, weil man den patriotischen Maulaufreißern, die es in der Vergangenheit vorgezogen haben,

ihre Kapitalien in der Schweiz oder in Holland anzulegen, Milliarden schenkt.

Doch damit nicht genug. Durch Steuererlässungen erhält der Besitz eine Erleichterung von etwa 300 Millionen Mark. Die Herabsetzung der Gewerbesteuer um 20 Prozent kommt in der Hauptsache den großen Truists zugute. Die Senkung der Kapitalerkehrssteuern ist eine offene Liebesgabe an die bestehende Klasse.

Brüning erklärte im Reichsrat, daß diese faschistische „Sanierung“ die Voraussetzung schaffen soll zu einer „größeren Aktivität der deutschen Außenpolitik“.

Hungert für den deutschen Panzerkreuzerimperialismus — das ist der Inhalt der Diktaturverordnung.

## Die Abstimmung über die Notverordnungen

Das jetzt vorliegende amtliche Ergebnis der Abstimmungen über die Notverordnungen im Reichstag ergibt, daß die faschistische Regierung Brüning eine Mehrheit von 38 Stimmen (nicht 40, wie als vorläufiges Ergebnis gemeldet) hatte. Für die Aufhebung der Notverordnungen haben gestimmt: die Kommunisten, die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei, mit Ausnahme des Abgeordneten Silber-Württemberg, der gegen die Aufhebung gestimmt hat, und die Deutsche Landvolk-Partei. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, der Christlich-Soziale Volksdienst und die Konservative Volkspartei, mit Ausnahme des Abgeordneten Leutsch und des Hospitanten Nolte (Deutsch-Hannoveraner), die für die Aufhebung gestimmt haben, die Deutsche Staatspartei, die Deutsche Bauernpartei, die Volkssnationale Reichsvereinigung und der parteilose Abgeordnete Mönke.

Von den Sozialdemokraten fehlten bei der Abstimmung die Abgeordneten Fleißner, Ruhn, Dettlinghaus, Fortune, Dr. Rosenfeld, Schnabrich, Seydewitz, Ströbel und Ziegler, die durchweg als „Linke“ bekannt sind.

## Regierungsschacher der Nazis in Danzig

### Die Nationalsozialisten wollen eine Regierung der Deutschnationalen und der Mittelparteien stiften

Danzig, 8. Dezember. Die Nationalsozialisten verhandeln gestern im Beisein des Reichstagsabgeordneten der NSDAP, Goering, mit den Vertretern der Deutschnationalen, des Zentrums und des Blocks der Mitte über die Bildung einer Danziger Rechtsregierung. Die Nationalsozialisten wollen sich einstellen nicht an der Regierung selbst beteiligen. Sie erklärten sich bereit eine Regierung der Deutschnationalen, des Zentrums, des Blocks der Mitte und eventuell auch der Beamtengruppe zu unterstützen, wenn die Deutschnationalen den Präsidenten des Senats und den Innenminister stellen würden. Sie selbst verlangen für sich den Posten des 1. Präsidenten im Volkstag. Es ist anzunehmen, daß es zu einer Einigung im Sinne des Vorschlages der Nationalsozialisten kommen wird.

Die Nationalsozialisten zeigen sich hier als die außerparlamentarischen Hilfspolizei einer Bürgerregierung, die in Danzig nicht nur schlimmste Ausplünderungspolitik gegenüber den werktätigen Massen, sondern zugleich auch Vorkriegsdienste gegenüber den polnischen Imperialisten leisten wird.

Kamischwili, der früherer menschenwürdige Ministerpräsident von Georgien, wurde in Paris von einem georgischen Arbeiter durch mehrere Revolverkugeln getötet.

In Finnland hat die Polizei im Verlaufe der letzten Woche abermals 40 Kommunisten verhaftet, deren „Verbrechen“ niemanden bekannter Art werden kann.

Die ganze Aktion wurde unternommen, um die Arbeitermassen von dem Verhaftungsfall des faschistischen Waffenlagers abzuwenden. Auch diese Tatsachen sind Beweise für das Vorhandensein der faschistischen Diktatur und müssen die gesamte Arbeiterklasse gegen den immer aggressiver vorgehenden Faschismus mobilisieren. **Kampf in der Kampfband gegen den Faschismus!**



# Rund um den Erdball

Das Idealste kapitalistische Lohnsystem in Rumänien gefunden

## 5 Ziegelsteine für eine Stunde schufteten

Eine Spitzenleistung falscher Ausbeutungsmethoden

Bularest, 9. Dezember. Rumänien, dieses Tollhaus der weißen Terroristen, ist bekanntlich mit aus-ersehen, die europäische „Zivilisation“ gegen die „bolschewistische Barbarei“ zu verteidigen. Ungestraft darf dort die Würderorganisation, genannt „Siguranza“, die halbverhungerten Arbeiter- und Bauernmassen zu Tode foltern. Die schrankenlose Ausbeutung feiert hier ihre wildesten Orgien. Doch alles, was bisher auf diesem Gebiete von den rumänischen Kapitalisten geleistet wurde, verbläht hinter der Methode, die jetzt ein Ziegeleibesitzer namens Petö in Gertianosch eingeführt hat. Ihm gebührt wahrhaftig der höchste Orden, den der Kapitalismus für Spitzenleistungen in der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zu verleihen hat.

Dieser Ziegeleibesitzer hat nämlich ein neues System der Lohnauszahlung eingeführt. Seine Arbeiter erhalten von nun ab ihren Lohn nicht mehr in bar, sondern es werden ihnen fünf Ziegelsteine pro Stunde gutgeschrieben.

Das entspricht einem Lohn von 5 Lei (etwa 12 Pfennig) pro Stunde oder rund 1 Mark für acht Stunden.

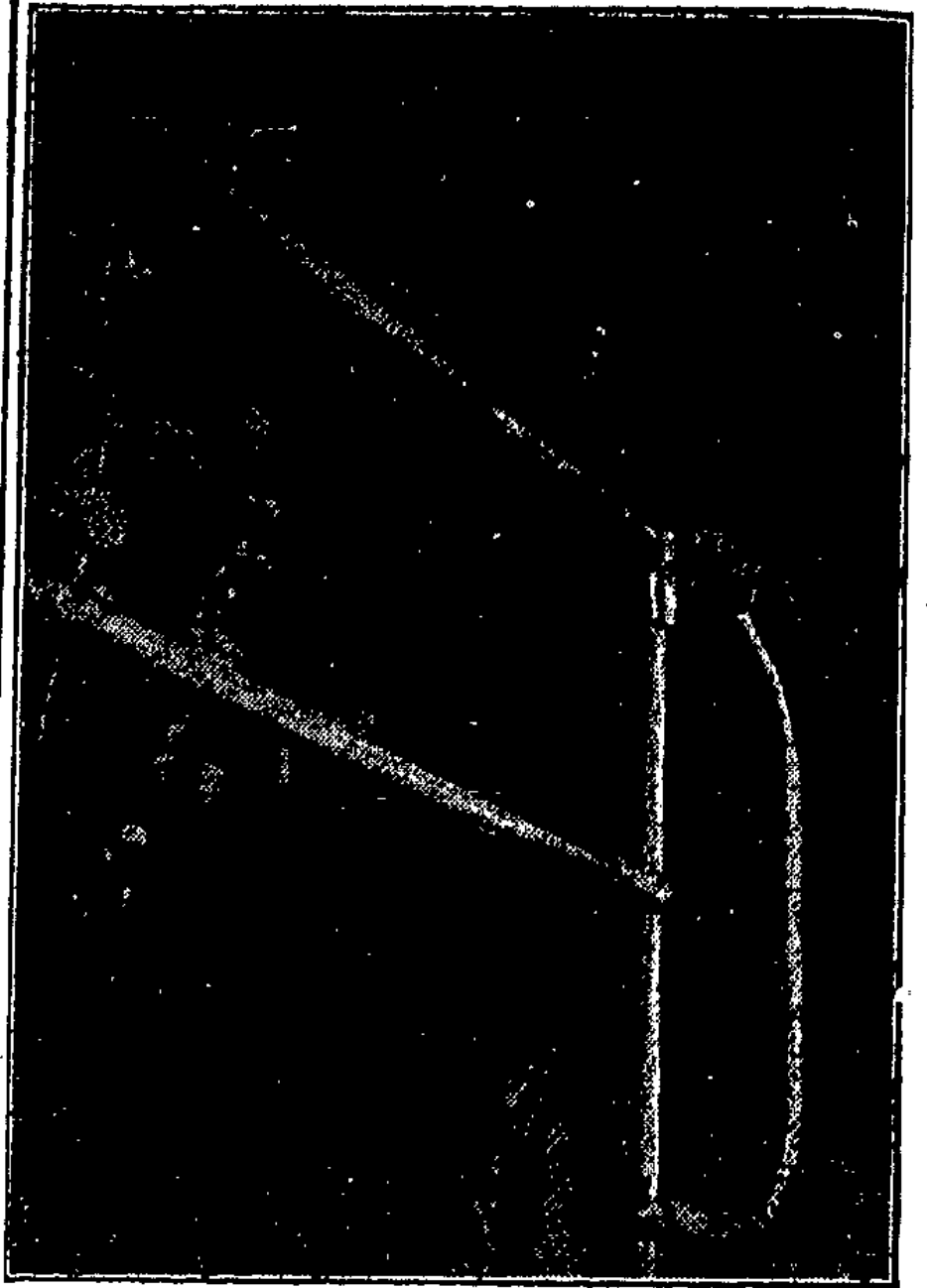
Aber auch diesen „Lohn“ erhalten sie nicht wöchentlich ausge-

händigt, sondern die Ziegel sollen ihnen erst im Mai 1931 ausgehändigt werden. Da die Arbeiter in den Häusern der Ziegelei wohnen, würden sie unter Androhung der Exzmission gezwungen, auf diese neue Art „Lohn“ einzugehen. Sie suchten sich also einen Kaufmann, der ihnen Kredit bis Mai gewähren wollte. Tatsächlich fanden sie einen Spekulanten, der darauf einging, doch da er auch verdienen wollte, kreditierte er den Arbeitern höchstens bis zu 80 und 40 Prozent des Wertes der ihnen von der Fabrik gutgeschriebenen Ziegelsteine. Durch dieses raffinierte System werden also die bedauernswerten Ziegelei-Proleten doppelt um ihre sauer verdienten Groschen betrogen.

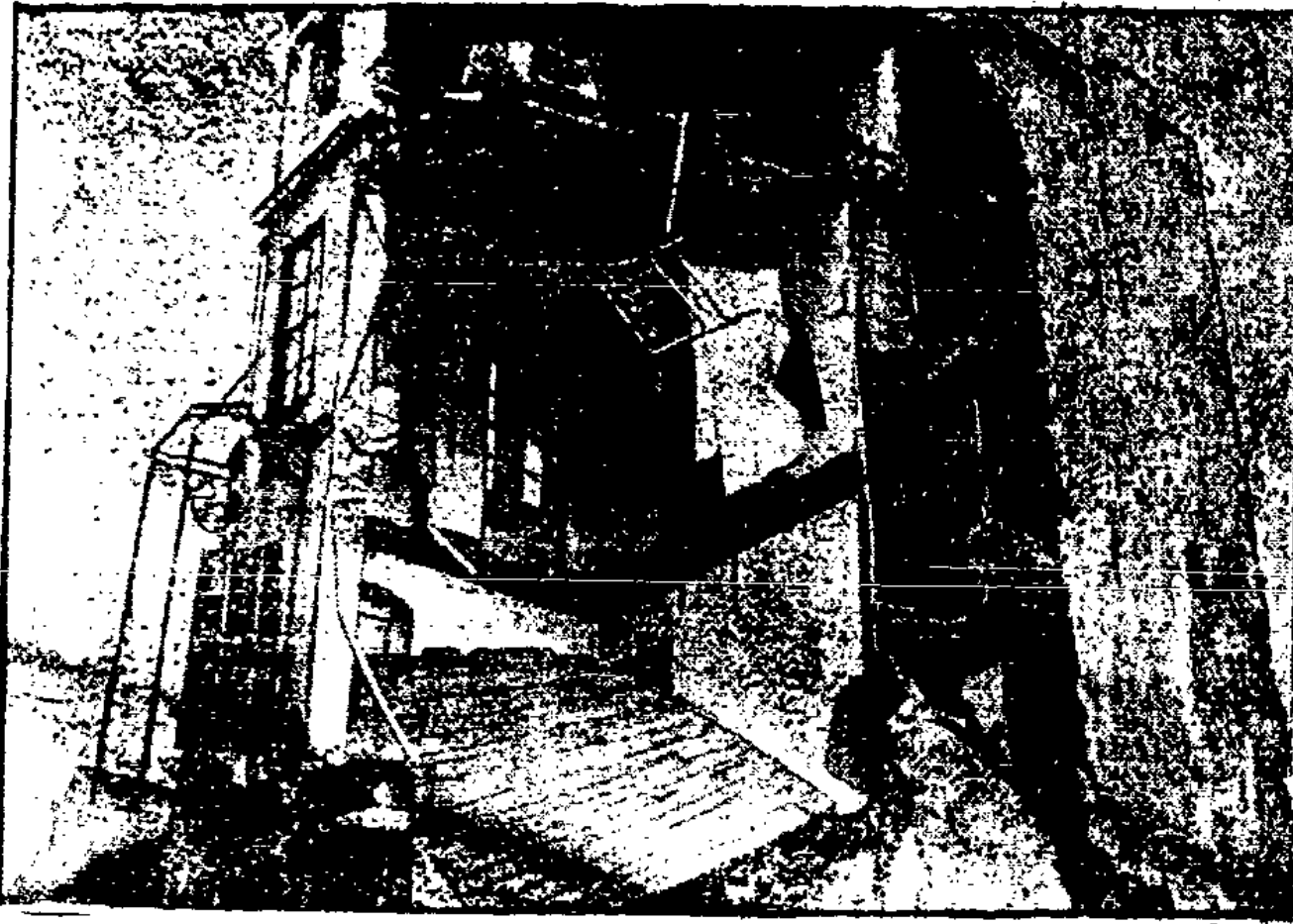
Gewiß ein Schulbeispiel von geradezu überzeugender Deutlichkeit, wie es dem Proletariat ergeht, wenn der blutige weiße Terror des Faschismus die Arbeiterbewegung geschlagen hat. Bedarf es daher noch deren Aufforderung an die deutschen Arbeiter, ihre ganze Kraft, ihre volle Energie einzusetzen im Kampf gegen diese weiße Mordpest? Nein, und dreimal nein!

Der Deutsche Arbeiter kennt seinen Platz: Er kämpft Seite an Seite mit den russischen Arbeitern und Bauern für die endgültige Befreiung des Weltproletariats von dem kapitalistischen Ausbeutergefessel.

„Niemand verläßt den Betrieb...“



„Niemand verläßt den Betrieb vor der Beendigung des Fünfjahresplanes“. Diese Parole war die Antwort der sowjetrussischen Arbeiter auf den Aufruf der bolschewistischen Partei zur restlosen Erfüllung des Produktionsplanes des zweiten Jahres und zur Vorbereitung des dritten Jahres des Fünfjahresplanes. Die hier abgebildete Genossin Ossminin, Arbeiterin in der Moskauer Druckerei der „Arbeiterzeitung“ war eine der ersten, die ihre Arbeitsbrüder und -schwestern mit dieser Parole begeisterte.



## Rattenbringen ein Haus zum Einsturz

In Stambul stürzte ein dreistöckiges Haus plötzlich ein. Hierbei wurden acht Menschen von den Trümmern erschlagen. Die Untersuchung der Hausruine ergab als Ursache des Einsturzes die völlige Unterhöhlung der Fundamente durch Ratten.

★

Sensationsprozeß gegen einen deutschen Kulaken

## Zwölf Jahre Gefangener seines Bruders

Der Schwachsinrige nakt und vollkommen verliert aufgefunden

Frankfurt a. d. O., 9. Dezember. Vor dem hiesigen Schöffengericht begann unter großer Beteiligung Sensationsgieriger der Prozeß gegen den Großbauern Ferdinand Grundemann aus Breesen. Er ist der Körperverletzung, Beamtenebeleidigung und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt. Grundemann hat es fertiggebracht, seinen geisteschwachen Bruder 12 Jahre in einem dunklen Ver-schlage festzuhalten, um sich in den alleinigen Besitz des Familienvermögens zu setzen.

Schon lange schwirrten die Gerüchte, daß Grundemann seinen Bruder wie einen Affen im Käfig eingesperrt halte, in der Umgebung Breesens herum, ohne daß jedoch einer den Mut fand, eine Anzeige gegen diesen als äußerst rabiat bekannten Kulaken zu erstatten. Ganz zufällig kam daher das Gerücht zu Ohren der Polizei. Als dann Kriminalbeamte in das Haus eindringen wollten, wurden sie von dem habgierigen Burschen bedrängt und beleidigt.

In der Beweisaufnahme des ersten Prozeßtages sagte der Amtsvorsteher von Breesen als Zeuge aus, daß die unteren Fensterflügel im Zimmer des schwachsinrigen Bruders Grundemann nicht zu öffnen gewesen seien. Sie waren bis zur Mannshöhe mit Kalk bestrichen,

damit der Unglückliche, der vollkommen unbettedet war, und in seinem eigenen Dreck lag, nicht gesehen werden konnte.

Der Zeuge Kriminalassistent Zimmermann schilderte ausführlich, in welchem unglaublich verdrehtem Zustande sich der Raum befunden habe, als die Beamten eindringen. Das Zimmer war ungeheizt, in einem unbezogenen unvorstellbar verschmutzten Bett habe sich der Schwachsinrige in zusammengekauert Haltung befunden. Die Luft war unerträglich, und der bedauernswerte Mensch vollkommen apathisch.

Wie der Angeklagte Kulak zu seiner Entlastung aus sagte, habe er nur nach den Klauseln eines Testaments gehandelt, das ihn hinderte, den schwachsinrigen Bruder in einer Anstalt unterzubringen. Ueber den Ausgang dieses Prozesses, der mit erschreckender Deutlichkeit zeigt, wie Habgier jedes menschliche Gefühl töten kann, werden wir noch berichten.

## Aus dem Zuge gestürzt?

In der Schnellzugstrecke Witten-Eger wurde Sonntag-nacht in der Nähe von Witten die Leiche eines Mannes gefunden. Bei der Ankunft des Bularest-Pariser Schnellzuges in Eger fand man in einem Abteil 2. Klasse herrenloses Gepäck sowie einen Koffer mit dem Namen Dr. Georg Bed. Man vermutet nun, daß der Besitzer des Gepäcks und der gefundenen Leiche dieselbe Person ist, die aus bisher unbekanntem Ursachen aus dem Zug gestürzt und auf der Stelle getötet wurde.

## Wieder Erdbeben in Japan

In der japanischen Provinz Fainan ereignete sich am Montag wieder einmal ein Erdbeben. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden vier Personen getötet und mehrere verletzt. Fast 250 Häuser sind bis auf die Grundmauern zerstört worden.

## Explosionskatastrophe im Mittelmeer

Wierzehn italienische Matrosen getötet

Rom, 9. Dezember. Bei der Sprengung des während des Krieges zwischen den Mittelmeerinseln Souda und Soedie gesunkenen Munitionsschiffes „Florence“ explodierte das italienische U-Bootschiff „Artiglio“ und sank innerhalb kurzer Zeit in die Tiefe. 14 Matrosen wurden dabei getötet, sieben Schwerverletzte konnten im letzten Augenblick gerettet werden.

## Wie lange noch kapitalistischer Wahnsinn?

Millionen hungern — Getreide wird verfeuert

Nach einer Meldung aus Roland in der kanadischen Provinz Manitoba haben die großen amerikanischen Getreidespekulanten den Preis für Gerste auf weniger als ein Viertel Dollar für den Scheffel herabgedrückt. Die verelendeten Farmer sind gezwungen, soll das Getreide nicht verkaufen, es als Feuerungsmaterial zu gebrauchen.

Sie behaupten, daß es wesentlich billiger sei, mit Getreide als mit Holz oder Kohlen zu heizen, und ein Scheffel Gerste genüge, um einen kleinen Ofen den ganzen Tag über zu speisen. Gibt es bessere Beweise für den Wahnsinn dieser „gottgewollten“ kapitalistischen Ordnung? Millionen Werttätige in aller Welt verrecken tagtäglich vor Hunger, und in Kanada verfeuert man die Gerste in Kanonenöfen, in Argentinien den Weizen in Lokomotivkesseln. Wie lange noch, Prolet?

## Riesenpleite bei Zeileis in Galspach

In dem österreichischen Städtchen Galspach, wo bekanntlich der berühmte Wunderdoktor Zeileis die Dummen aus aller Welt gleich schodweise mit der Zauberröhre „kurierete“, ist der Pleitegeier eingelehrt. Der Kurbetrieb, der sich zu einem großzügigen internationalen Kuppelwerk entwickelt hatte, ist losgelassen über Nacht rapide zurückgegangen. Zahlreiche Zwangsversteigerungen von Rielenhotels, Pensionen und Privathäusern sind beantragt worden. Wie wäre es, wenn Zeileis es einmal mit dem Kaiserrezept des „Propheten“ Weigenberg versuchen würde? So schnell können doch nach unserer Ansicht die Dummen nicht alle geworden sein? Wir leben doch noch im Kapitalismus.

## USA-Millionär durch Höllemaschine getötet

In Newyork wurde der amerikanische Millionär Max durch die Explosion einer in einem Postpaket enthaltenen Höllemaschine getötet. Von den im Haus anwesenden Gästen wurden 14 mehr oder weniger schwer verletzt.

## Chinesisches Postflugzeug abgestürzt

Ein chinesisches Postflugzeug, das von Shanghai nach Nanjing fliegen sollte, ist am 8. Dezember in der Provinz Anhwei abgestürzt. Die Besatzung wurde dabei getötet.

## Fünfjahresplan

- „Was ist der Fünfjahresplan?“
- „Die betroffene Frau in der Sowjetunion und der Fünfjahresplan“
- „Der Arbeiter in der Sowjetunion und der Fünfjahresplan“
- Putz: „Der Bauer mit dem Traktor“
- Kollektivwirtschaftsgüter in der Sowjetunion
- „Turksib“, 1442 Kilometer für den Fünfjahresplan
- „Der Fünfjahresplan und seine Feinde“
- „Bauer Meschrecht wandert zurück nach Sibirien“
- Hektar: „Das Land ohne Arbeitslose“

INTERNATIONALER ARBEITER-VERLAG  
BERLIN

# Breslau

## „Polizeiener gegen Erwerbslose . . .“

Ein Erwerbsloser schreibt uns: Ich kam zufällig in der Nähe des Regierungsgebäudes am Lessingplatz vorbei. Es fielen mir mehrere wohlhabende Herren auf, die sich in einer angeregten Unterhaltung befanden. Da ich das Wort „Erwerbslose“ hörte, blieb ich in der Nähe stehen. Einer von den Herren meinte: „Es wäre das Richtige gewesen, wenn die Demonstranten Polzeieener getrieben hätten, dann hätten sie es nicht gewagt, vor dem Regierungsgebäude zu demonstrieren.“ (Die Rede ging über die am Freitag statt gefundene Erwerbslosenversammlung.) Ich war über diese Neußerung sehr empört und rief den Herren zu: „Sie kennen ja keine Not. Wenn Ihnen der Magen knurren würde, würden auch Sie auf die Straße gehen und sich von keinerlei Verbot aufhalten lassen.“ Eine Antwort erhielt ich nicht. Flink verschwanden die Herren im Regierungsgebäude und schickten zwei Polizisten heraus. Natürlich hatte ich keine Lust, mich verhaften zu lassen und machte, daß ich davorkam.

## Die Unfallstatistik des Monats

Im November dieses Jahres wurden im Stadtgebiete Breslau 287 Verkehrsunfälle zur Anzeige gebracht. Durch Verkehrsunfälle getötet wurden 4 Personen, darunter 1 Kind unter 8 Jahren und 2 Personen über 70 Jahre. Verletzt wurden 151 Personen, davon 58 so schwer, daß die sofortige Überführung in das Krankenhaus veranlaßt werden mußte.

Wegen Uebertretung der Verkehrsbestimmungen sind 584 polizeiliche Strafverfügungen ergangen und 135 Strafverfahren gleicher Art der Amtskammer zugewiesen worden. 35 Angelegte wurden verurteilt.

Die Zahl der im November erlittenen Führerscheine beträgt 204, und zwar für Klasse 1 (Motorräder) 30, Klasse 2 (Lastkraftwagen) 20 und für Klasse 3 b (Personenkraftwagen) 146.

Neu zugelassen wurden im November 366 Kraftfahrzeuge. Internationale Jahrausweise wurden 21 ausgestellt.

## Aus der Roham-Organisation

Zu dem unter dieser Ueberschrift am Mittwoch veröffentlichten Bericht wird uns vom Mieterkomitee der Sachverhalt wesentlich anders, und zwar wie folgt, geschildert: Am Sonntag, dem 29. November, erschien in unserer Geschäftsstelle ein Herr Klein mit dem Mitgliedsbuch einer Frau Auguste Weder, die vor wenigen Wochen verstorben ist, und wünschte Auskunft über die Höhe der Miete. Da unsere Geschäftsstelle in den letzten Tagen von Tausenden von Mietern aufgesucht worden ist, und da es öfter auch Nichtmitleber wegen Auskunft erschienen, so war es notwendig, eine gewisse Kontrolle durchzuführen; deshalb auch die Forderung, daß Auskunft nur dann erteilt wird, wenn bis einschließlich Oktober die Beiträge entrichtet sind. Es ist auch nicht richtig, daß das frühere Mitglied Frau Weder immer im letzten Monat des Vierteljahres gezahlt hat. Wir sind in der Lage, nachzuweisen, daß sie mindestens im 2. Monat des Vierteljahres für das ganze Vierteljahr Beiträge entrichtet hat. Die Verweigerung der Auskunft ist also einmal erfolgt, weil ein Herr Klein mit dem Mitgliedsbuch der verstorbenen Frau Weder versprach, er also nicht Mitglied ist, und zweitens, weil er sich weigerte, den Betrag für einen Monat (Oktober), der von ihm verlangt wurde, zu zahlen.

## 70 Prozent der Musiker brotlos

Der Deutsche Musiker-Verband stellt uns eine Zuschrift zu, der wir folgendes entnehmen: „Die gegenwärtige Wirtschaftslage wirkt sich besonders stark im Musikerberuf aus. Tausende von Orchestermusikern sind infolge Auflösung oder Verkleinerung der Orchester abgebaut worden. Aus den Sinos sind nach Einführung des Tonfilms nahezu sämtliche in diesen Betrieben beschäftigt gewesenen Musiker — deren Zahl 12 000 bis 15 000 betrug! — zur Entlassung gekommen. Rundfunk und Schallplattenmusik mit Bühnenmusikern ersetzen die bisher von lebendigen Musikern ausgeführte Musik in Kaffeehäusern, Bier- und Tanzlokalen, soweit in diesen Betrieben nicht ausländische Musiker und Kapellen tätig sind. Bei Vereins- und Privatfestlichkeiten, soweit solche überhaupt noch stattfinden, werden nur ganz kleine Musikensembles oder wird gar nur ein Pianist beschäftigt (und dann zumeist noch Dilettanten und andere die Musik nebenberuflich betreibende Personen), so daß die Zahl der arbeitssuchenden und erwerbslosen Berufsmusikern ins Ungemessene gestiegen ist. Von den in Deutschland vorhandenen Berufsmusikern sind annähernd 70 Prozent ohne feste Beschäftigung! An die Musikveranstalter, Vereine, Privatpersonen usw. wird der dringende Ruf gerichtet: Beschäftigt keine musizierenden Beamten, keine Dilettanten und andere die Musik im Nebenberuf betreibenden Personen, berücklichtigt bei allen musikalischen Veranstaltungen die arbeitslosen Berufsmusiker! — Zu der Zuschrift des Musikerverbandes wollen wir bemerken, daß die „Dilettanten“, gegen die er den Kampf zu führen glaubt, in der Regel a u s R o t spielen. Notwendig ist, daß auch die Berufsmusiker mithelfen im Kampfe für eine neue Gesellschaftsordnung, in der jeder Werkstätige Arbeit und Brot haben wird.“

## Wegen Abtreibung vor Gericht

Am Montag begann vor dem Oelzer Schwurgericht die letzte Schwurgerichtsperiode. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Seide, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Utschütz. Angeklagt wegen gewerbsmäßiger Abtreibung ist die 62-jährige Malinwe Auguste Schmidt. Die Verhandlung wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Ueber den Ausgang werden wir berichten.

## Zwei geschäftsoffene Sonntage

Der Parteipräsident gibt bekannt: Nach Anhörung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird hiermit an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten, dem 14. und 21. Dezember 1930, der Großhandel und der Einzelhandel in offenen Verkaufsstellen für alle Zweige des Handelsgewerbes in der Zeit von 13.30 bis 18 Uhr gestattet.

Gemäß § 54a der Gewerbeordnung ist der Straßenhandel mit Schwären, Blumen, geringwertigen Gebrauchsgegenständen, Erinnerungsgeldern und ähnlichen Gegenständen auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, soweit sie nicht für den Straßenhandel verboten sind, an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten, dem 14. und 21. Dezember, in der Zeit von 13.30 bis 18 Uhr gestattet.

## Diebstähle und Einbrüche häufen sich

Am 7. Dezember wurde ein Einbruch in die Schaufenster des Kaufmanns . . .

# Kämpfende Einheitsfront — mit wem?

## Ein Nachtrag zu der Generalversammlung des Zimpeler Mietervereins

Am Mittwoch vergangener Woche fand in Zimpel die Generalmitgliederversammlung des Siedlungsvereins statt. Ueber den Ausgang dieser Versammlung und die einmütig erfolgte Wahl eines Vorstandes, der sich aus Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Kollegen zusammensetzt. Ueber den Verlauf der Versammlung und die Niederlage, die die „Eckstein-Gruppe“ dabei erlitt, haben wir am Donnerstag bereits berichtet. Die „Vollmacht“ hat einen Bericht über die Versammlung erst am Sonntagabend veröffentlicht. Und wie!

In dem „Vollmacht“-Bericht wird behauptet, daß die „Genossen“ Eckstein, Helm, Blank, Böhm und Kalinke in der Diskussion u. a. gesagt bzw. gefragt hätten:

„Wo wäre heute die riesige Anzahl der inzwischen vorgenommenen Mietererlungen? Wo die Häufelkommission, die in fast 80 Prozent aller eingereichten Fälle Streichung der Streikrückstände erzielte? Wo die Umföhmungsmöglichkeiten für wirklich bedürftige Mieter, — wenn die SPD. nicht mit Hilfe ihrer Stadtratsordnenfraktion die notwendigen Anträge eingereicht und auch zur Annahme gebracht hätte?“

Auf diese vielen Fragen sei nur die Tatsache festgestellt, daß die oben erwähnten unzulänglichen Taterfolge nicht ein Resultat der Tüchtigkeit der sozialdemokratischen Stadtratsordnenfraktion sind, sondern

ein Ergebnis des einmütig geföhmten außerparlamentarischen Kampfes.

Es ist nicht ein Verdienst der Stöpe und Eckstein und Blank und Böhm, sondern ein Verdienst der streikenden Mieter und der Organisationsfunktionäre, die ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit im Kampf standen, und mit bewundernswürdiger Energie an dem Ausbau der Organisation und der Streikfront arbeiteten. Eckstein, Blank, Böhm waren nicht dabei. Sie kamen nur, wenn es galt, Stimmen für die Liste 1 zu sammeln. Kalinke war dabei, jedoch ebenso wie Steffen, Küchler und Stöpe nicht als „Vormotivführer“, sondern als „Bremsler“.

Stemmeln und Nachschlüssel in das Lokal gelangt. Als Beute fielen ihnen 300 Zigaretten und 12 Mille-Zigaretten verschiedener Marken und Preislagen sowie eine Geldtasche mit einem Inhalt von etwa 15—20 Mark in die Hände.

Gestohlen wurden am 6. Dezember dem Kraftfahrerverein Friedrichstraße 22/48 an der Landstraße Lohstraße 13 aus einer unverschlossenen Tischschublade 270,40 Mark Bargeld. Das Geld bestand zum größten Teil aus 50-Markscheinen. Als Täter kommt ein Mann in Frage im Alter von etwa 35 Jahren, der kurz zuvor Stauffenbergstraße

Am 5. Dezember, gegen 13,30 Uhr, wurde in einem Hause der Krawattenstraße ein Treppenläufer von etwa 2,50 bis 3 Meter Länge gestohlen. Der Täter hat die Schrauben, mit denen der Teppich am Parquet befestigt war, mit einer Zange abgezwickelt. Der gestohlene Teppich ist von graubrauner Farbe und hat schwarze Kragstreifen.

In der Nacht zum 7. Dezember wurde der verschlossene Hauszeller eines Grundstücks in der Bärenstraße von einem unbekannten Täter gewaltsam erbrochen und hieraus sechs wertvolle Buchtänchen gestohlen.

„Unproletarisches Benehmen.“ Zu der unter dieser Ueberschrift veröffentlichten Notiz wird uns von Begler geschrieben: „Ich habe niemals den Ausdruck „rotes Gendel“ gebraucht. Ich bin selbst Arbeiter und Mitglied der Roten Hilfe, so daß ich einen derartigen Ausdruck niemals gebrauchen könnte.“ — Wir veröffentlichen die Zuschrift von Begler und betrachten die Bill für uns als erledigt. Die Angehörigen der proletarischen Klasse dürfen niemals vergessen, daß sie untereinander vollste Solidarität üben müssen, und daß sich unter gemeinsamer Gegner nur freut, wenn es zu Streitigkeiten unter Arbeitern kommt.

Note für Nord. Freitag Mitgliederversammlung in Wölg Gäßchen, Enderstraße, Ecke Matthiasstraße, um 19 Uhr. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

## Der „Propagandist“ ist da!

Soeben ist die Dezembernummer des „Propagandist“ (Preis nur 10 Pfennig) erschienen. Sie enthält wiederum äußerst wichtiges Material für jeden Parteigenossen, insbesondere aber für die Parteifunktionäre. Neben einem Artikel über „Vollrevolution gegen Faschismus“, der für alle von großer Bedeutung ist, finden wir eine sehr konkrete Untersuchung über die revolutionären Erhebungen des russischen Proletariats im Jahre 1905, Material, das heute höchst aktuell ist. NSD. und Landarbeit werden ebenfalls behandelt. Wenn es ernst mit seinen Parteipflichten ist, der muß unbedingt noch heute den „Propagandist“ bei dem Literaturobmann bestellen.

(Schluß des redaktionellen Teiles)

Wohltätigkeitsvorstellungen der Gebrüder Hirschberg. Einer Zuschrift der Leitung der Kosmos-Theater-Betriebe entnehmen wir: „Die alljährlich veranstalteten Gebrüder Hirschberg zur Weihnachtszeit im Konzerthaus Wohltätigkeitsvorstellungen, die dazu bestimmt sind, der armen Bevölkerung Breslaus, die sich eine Kinovorstellung nicht leisten kann, die Möglichkeit eines Kinobesuches zu vermitteln. Die Gebrüder Hirschberg wenden sich an die amtlichen Stellen (Wohltätigkeitskommission, Krankenhäuser, Spitäler, Altersheime, Eisenbahner, Schwerkrüppelbeschädigte, Waisenhäuser usw.) um Angaben über die Anzahl der benötigten Karten zu erhalten.“ — Gewiß wird es so mancher begrüßen, einmal gratis ins Kino gehen zu können. Doch es dem bestehenden Elend wird die Wohltätigkeitsveranstaltung der Gebrüder Hirschberg nichts ändern. Das Elend — das materielle wie auch das kulturelle — kann nur im Kampfe beseitigt werden.

## Gewerkschaftshaus-Rino

„Polizeimeister Tagajeff“ (Der Sittenpaß) — „Morgenröte“

„So ist das Leben“, wird von der Reichshilfe nicht geteilt, da für viele eine Verküpfung des Romans „Der Polizeimeister Tagajeff“, der Sittenpaß, gezeigt. Auch dieser Film wird bei unseren Besuchern gefallen. Das Thema hat gewisse Ähnlichkeit mit dem Kassenfilm „Der gelbe Paß“. Auch dieser Film prangert die eigenartige Haltung des Bürgerturns an, daß man Menschen aus Not zur Prostitution zwingt, ausnützt und verachtet.

Der zweite Film „Morgenröte“ spielt sich im schlesischen Kohlenbergbau ab. Arbeitslosigkeit und Konzentration des Kapitals geben die Grundatmosphäre in diesem Film an. — Auf der Bühne wird in dieser Woche eine Langgruppe „Mary und Harry Hög“ ihr Können beweisen. Die Eintrittspreise sind aus dem Inserat ersichtlich.

Verantwortlich für . . . en Zell: Ernst Schneller, Berlin; für den . . . waber, W. d. L. Breslau. — Die . . . Sander, Breslau.

Die „Vollmacht“ behauptet, die Wahl sei statutenwidrig. Im Statut sei bestimmt, daß die Generalversammlung Mitte Januar stattzufinden habe. Dazu folgende Feststellungen: Erster: Die Generalmitgliederversammlung wurde auf einstimmigen Beschluß einer Mitgliederversammlung schon im Dezember abgehalten. Zweitens: Diefelben Leute, die am Mittwoch und in der „Vollmacht“ pöhmlich die Statutenwidrigkeit gefunden haben, haben bei der Beschlußfassung über die Verlegung der Generalversammlung mitgewirkt. Drittens: Eckstein und der in seinem Schatten lebende Kalinke haben noch am Mittwoch von der Statutenwidrigkeit nichts gewußt. Erst als es sich bei der Erledigung des ersten Tagesordnungspunktes zeigte, daß die Mehrzahl der Versammelten gegen die Eckstein-Gruppe ist, griffen diese Leute zum Statut.

Die „Vollmacht“ schreibt: . . . Und die Kommunisten und Nazis sowie falsch informierte bürgerliche Kreise, um die Wahrheit unserer Genossen nicht zu hören.“

Tatsächlich, die Versammelten hatten gegen die Ausführungen der Eckstein und Kalinke leidenschaftlich protestiert. Doch es waren nicht Kommunisten und Nazis und falsch informierte bürgerliche Kreise, sondern auch

sehr viele „Vollmacht“-Defer und auch eingeschriebene Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, die auf das Festigte gegen Eckstein und Kalinke protestierten. Die „Vollmacht“ soll endlich einmal den Mut haben, zu erkennen, daß in Zimpel

eine Einheitsfront der Kommunistischen, sozialdemokratischen, parteilosen und bürgerlich organisierten Mieter hergestellt wurde.

Dank dieser Einheitsfront war es in Zimpel möglich, eine bessere Organisation und auch ein besseres Urabstimmungsergebnis herbeizuföhren, als es z. B. in Böhme mit dem hundertprozentigen Einfluß der SPD. der Fall ist. Eckstein, Kalinke, die sozialdemokratischen Posteninhaber und Postenwärter, bekämpfen diese Einheitsfront — und heißen dabei auf Granit.

Musikische Gemeinde. Freitag, 19,30 Uhr, wichtige Mitglieder-versammlung im Saal Grünstr. 14/16. Vortrag des Geschäftsführers unseres Bundes, Carl Peter, Leipzig. Thema: Ist der Volksbund für Geistesfreiheit notwendig? Anschließend Aussprache.

## Oppositionelle

SPD. = Oblebitur

Wofin geht

das Woxy der SPD.?

Wo ist der Ausweg aus dem heutigen Massenelend? Über diese Frage spricht am

Freitag, dem 12. Dezember, 20 Uhr, im „Bergkeller“

Genosse **Walter Müller**

langjähriges Mitglied und Funktionär der SPD., Führer der entschiedenen linken Opposition in der SPD.

Kommt zu dieser Versammlung!

Wir geben euch Antwort auf die Frage:

Was muß geschehen?

Gruppe Revolutionärer Sozialisten

**LIEBICH**  
Täglich  
2 Vorstellungen  
4.15 u. 8.15 Uhr  
Nur noch wenige Tage  
Gastspiel  
**Sylvester Schaffer**  
das Universalgenie der Artistik  
und das große  
1. Betr.-Programm  
Nachmittags  
halbe Preise  
und  
Vollprogramm  
Rut 348 48  
Inserate haben  
guten Erfolg

**Wandlethaus Grundmann**  
Breslau, Trebniger Str. 21  
Belebung d. Anzügen, Wäsche  
und Schmuckstücken  
Ermäßigte Weihnachtspreise  
bei  
**S. Chary, Mirschberg**  
Markt 4  
Kindermäntel . 9.50 6.50  
Damenmäntel . 17.25 11.90  
Damenkleider . 9.50 5.50  
Damenhemden . 1.50 1.20  
Bettücher, Daulas, Stck. 1.95  
Hemden: anell . Meter 0.60  
Kleiderveieur . Meter 0.60  
Bekannt billigste u. beste Einkaufs-  
quelle für alle Textilwaren  
**S. Chary, Markt 4**

**Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17**  
Donnerstag und Freitag, 5 und 8 Uhr  
**Der**  
**Polizeimeister Tagajeff**  
(Der Sittenpaß)  
Auf der Bühne: **Internationals Tanzpaar**  
**Morgenröte**  
Das Drama des Stollen 306  
Erwerbslose bis 5.30 Uhr 25 Pf. sonst 50 Pf.  
Besucherkreis 50 Pf. sonst 70 Pf.

# Waldenburger Bergland

## Der SPD.-Amtsvorsteher in Annau weist „lästige“ Ausländer als Heber aus

„Hemds, Ausländer sind es nicht, die den Geist der Arbeiter schaden.“ Als die SPD. noch auf dem Boden des Klassenkampfes stand und die Reaktion ausländische Gewerkschaften, die insbesondere aus Ausland bei uns aufsucht, ausweist, oder sich bei ihren Verleumdungen gegen die Arbeiterklasse auf diese ausländischen Gewerkschaften berief, da hat die SPD. diese Verleumdung immer mit der Bemerkung des obigen Satzes geantwortet. Aber das ist lange her. Heute, im Jahre 1930, sind die Verhältnisse anders. Heute ist ein sozialdemokratischer Amtsvorsteher folgenden Wats aufgetragen:

„An den Arbeiter Bolle in Bärbar!“

Auf Grund einer Verfügung des Amtsvorst. vom 18. Oktober d. J. wird die Ihnen zugebilligte Bewährungsfrist aufgehoben und Sie aufgefördert, wegen fortgesetzter agitatorischer Tätigkeit das prouglische Staatsgebiet mit Ihrer Familie bis zum 18. November d. J. zu verlassen, oder Sie werden zwangsweise abtransportiert.

O. A. S., Amtsvorsteher, Annau.“

Auf den Einspruch des Bedrohten, daß seine Frau erst vor drei Wochen entbunden habe, wurde die Ausweisung bis zum 2. Dezember ausgesetzt. Nach der Lesung dieser unheimlichen Mahnung befragt wurde erklärt, daß die „staatsfeindliche“ Tätigkeit darin besteht, daß Bolle ausläßlich eines Kinderfestes des Hausdorfer Arbeiter-Kadabers mit der Schweißnitzer Schalmelentabelle gesungen hat und dabei gegen das Republikanische abgesetzt wurde.

Am 20. Dezember wurde Bolle vom Gemeindevorsteher angewiesen, daß sein Abtransport am 2. Dezember erfolgen würde und er zu diesem Termin auch keine Sachen zu verpacken habe, was auch seitens J. geschah. Am 2. Dezember um 2 Uhr erhielt er nun den Befehl, daß sich der Abtransport wegen Verhandlungen mit dem Konsulat um einige Tage verzögert habe. Zwei Stunden später kam der Gemeindevorsteher und brachte ihm folgenden Brief:

„Da Sie sich mir gegenüber bereits erklärt haben, freiwillig von uns zu gehen, die Red. der „A. G.“ anzugehen, findet Ihr Abtransport am 2. Dezember statt. Den alten Ausweisungsbefehl können Sie vernichten.“

J. erklärte darauf, daß er nie erklärt habe, freiwillig auszugehen, er nichts verbrochen habe und er deshalb nur zwangsweise abtransportiert lasse. Darauf erhielt er folgenden Befehl:

„Ich ersuche Sie, noch heute zu gehen, die Unkosten bis Johannsburg trägt die Amtsstelle. Sie können sich Briefen beobachten, und Eddachtote müssen untergebracht werden. Sonst können Sie mitten im Winter den zwangsweisen Abtransport erwarten.“

Der Arbeiter J. hatte seit März Arbeit. Auf Grund der andauernden Ausweisung hat er die Arbeit aufgeben und auch Kohle und Kartoffeln verkaufen müssen. Er steht nun mittellos da. Sein Abtransport ist noch nicht erfolgt. Man hat es anscheinend noch nicht gewagt. Ein Wort der Kritik erregt sich, es genügt, diese Dokumente sozialdemokratischer Aufstellung einfach niedriger zu hängen und abzuwarten, aber der Herr Amtsvorsteher mißlich magan wird, die Ausweisung durchzuführen.

## Noten-Hilfe-Fundgebung in Waldenburg-Altwasser

Von der Ortsgruppe Waldenburg-Altwasser für Montag, den 2. Dezember, einberufene öffentliche Versammlung der Noten-Hilfe, in welcher der im Knapp-Durch zum Tode verurteilte Genosse Ebers (Effen) sprach, nahm einen glänzenden Verlauf. Trotz der nur einseitigen Organisation war der große Saal im „Weigen Hof“ überfüllt. Von weit her kamen die Arbeiter und Bergarbeiter, um ihren den Klauen der Klassenjustiz entrissenen Kumpel Theodor Ebers aus dem Wahngitter in der Freiheit zu befreien. Eine gute rezonanzfähige Stimmführung herrschte in der Versammlung. Genosse Ebers sprach über die Leben und Tugenden der proletarischen politischen Bewegung. Dem Appell des Genossen Ebers an die Versammlung, eine endlich proletarische Solidarität zu üben, in die Note-Hilfe einzutreten und deren Winterkampagne zu unterstützen, wurde mit großem Beifall zugestimmt.

30 Kreuzmarken, 3 BOC-Annahmen und 29,07 Mark  
Tellererhebung

waren der Höhepunkt dieser nachstehenden Fundgebung. Auch der fürwärtige Beifall, welchen Genosse Eellig auf seine kurzen Ausführungen über die politische Lage und die Gefahr, in welcher die Arbeiterklasse steht, erntete, zeigte, daß er aus den Herzen der Anwesenden gesprochen hatte. Immer mehr erkennt die Arbeiterklasse, daß im Klassenkampf die Note-Hilfe unterstützt werden muß.

## Freiburg

### Achtung!

Die Ortsgruppe der Noten-Hilfe veranstaltet zugunsten der Weihnachtshilfe für unsere proletarisch-politischen Gefangenen eine öffentliche Versammlung mit Lichtbildern am Montag, den 16. Dezember, um 19.30 Uhr, im „Freiburger Gesellschaftshaus“. Der Film zeigt uns unseren Kampf gegen den Paragraphen 218. Eintritt 20 Pfennig.

Klassengenossen, geht aus unseren gefangenen Brüdern eine Weihnachtshilfe bereiten, erscheint reiflos.

Die Note-Hilfe sammelt in diesem Jahre Rohes, Lebensmittel und Geld, gibt für die Winterhilfe! Spenden nehmen alle Funktionäre entgegen.

## Königszell

### Reichsbanner wird einverzert!

Wer in dieser heutigen schlechten Zeit einmal recht gründlich nachdenken will, der muß einmal die Gelegenheit wahrnehmen, die Reichsbanner beim Wandertreffen in der „Krone“ zu beobachten. Herr Feige kommandiert da im Schwerte seines Angefichts — „auf und nieder“ — rechts und links schwärzt man sich — und versucht, auf diese Art und Weise seine zum Teil bereits recht alten Freunde zu krammen Reichsbannergardisten zu „erziehen“. Herr Feige will wahrscheinlich durch dieses Schwärzen bei den Arbeitern den Eindruck erwecken, als ob er damit den Kampf gegen den Faschismus fördern wolle. In Wirklichkeit liegen die Dinge natürlich sehr viel anders. Nicht zum Kampf gegen den Faschismus

drift er seine Leute, sondern nach den Vorgängen, wie wir sie überall sehen, kann man sich kein Zweifel darüber bestehen, daß das Reichsbanner sich rüht, um ein Teil der Bürgerkriegsgefahr gegen die Arbeiterklasse Verwendung zu finden. Die Mitglieder von Königszell, denen das noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist, brauchen nur nach Kreslau zu gehen, um die Möglichkeit der vorstehenden Behauptung zu erkennen. Es geht also nicht darum, die Regierung zu schimpfen, wie Herr Feige es versucht den Arbeitern vorzuführen, sondern es geht darum, im kommenden Winter die hungernden Proleten auch unter Zuhilfenahme des Reichsbanners niederzuschlagen. Deshalb sagen wir Ihnen, daß Sie diese Situation erkennen sollten. Ein drittes ist, wenn Sie es erlauben will der Arbeiterklasse mitteilen, nicht mehr weiter mitmachen lassen.

## Schweidnitz

### Stürmische Begeisterung

riegen die „Koten Geyser“, die Agitprop-Truppe der US-Schweidnitz, bei ihrem Auftreten in Seilerbau, Kreis Schweidnitz hervor. Obwohl dort bis jetzt noch keine Ortsgruppe der Partei besteht, war der Saal vollkommener Abschlitz. Begeistert wurden die einzelnen Szenen und Programmpunkte aufgenommen. Es war etwas ganz Neues für das Landproletariat. Wir sollen bald wieder kommen, das war der allgemeine Wunsch.

## Einstimmige Ablehnung des Stats im Volkshainer Stadtparlament — aber warum?

Die letzte Stadtverordnetenversammlung hatte sich mit zehn Tagesordnungspunkten zu befassen. Schon zu Anfang der Sitzung holte sich die SPD. eine fürchterliche Dämigung. In der vierten Sitzung hatten die Bürgerlichen eine andere Tagesordnung beantragt. In dieser Sitzung ließ die SPD. von ihren Plänen fern und schloß sich in dem Zuschauerraum. Bei Eröffnung der Sitzung verlangte Schuchla (SPD.) das Wort zu einer Erklärung. Das wurde ihm nicht gegeben. Er schloß nicht zu wissen, daß damals, die im Zuschauerraum sitzen, das Wort nicht bekommen können. Schuchla wollte aber gern sprechen, und so mußte er unter dem Applaus aller Anwesenden seine Betrüben auf die Höhe kramen. Nach Beendigung der ersten zwei Punkte kam Punkt 3 „Schuldenminderungsplan“. Vorgeschlagen wurde von der SPD. Fiedler, von den Bürgerlichen Müller. Fiedler erhielt vier Stimmen (er stimmte selbst nicht für sich), Müller erhielt zehn Stimmen. Dem Bau eines neuen Reichsbankhauses für 1931 wurde zugestimmt. Genosse Müller unterzog die Wohnungen und Mieten des jetzt fertiggestellten Reichshauses einer eingehenden Kritik. Punkt 6 und 7 wurden schamlos erledigt. Zu Punkt 8 wurde eine Kommission gewählt, die die Vorbereitung einer neuen Stadtverordneten-Versammlung im Angriff nehmen soll. Unter Punkt 9 hand der Etat für das Jahr 1930 zur Beratung (höchste Zeit). Derselbe sah unter sonstigen rigorosen Einnahmen nach die Erhöhung der Biersteuer, Zuschläge zur Grundvermögenssteuer, Zuschläge zur Gewerbesteuer vom Ertrag und vom Kapital sowie die Ertragsteuer, die 4800 Mark erbringen sollte, von Schuchla (Magi) lebte man wieder vom Pöbelplan, obwohl seine Genossen im Ausschüssigen Ausschuss des Reichstages am 20. Oktober den kommunistischen Antrag auf Einstellung der Pöbel-Beihilgen mit zu Hause gebracht haben. Schuchla (SPD.) sprach, um sich nicht in Widersprüche zu verwickeln, so kurz wie möglich um Etat. Unter Genosse Müller sah diesen beiden Heuchlern erbarungslos die Maske vom Gesicht. An einem Beispiel zeigte er, daß dieser Etat ein Klassenetat in reiner Form sei. Die SPD., so erklärte Genosse Müller, kann hier so demagogisch wie möglich auftreten und den Etat ablehnen, weil sie doch genau, daß schon in den nächsten Tagen ihr Oberbrotz Sebering denselben diktatorisch einleihen wird. Auch den Nazis blieb Genosse Müller die Antwort nicht schuldig. Unter der Wucht der Anklage mehrerer Genossen Müller erklärte Schuchla (SPD.):

Als Auheres Zeichen ist zu bemerken, ein guter Fonds für die politischen Gefangenen sowie Schuldenminderungs neue Mittel.

## Ueberstundenmufferei in den Iron- Werken in Schweidnitz unter Polizeihaft

Den Ironarbeiten-Schmelzwerke Arbeitern hat sich am letzten Sonntag ein solches Bild. Am Donnerstag hat der Ironarbeiten-Arbeiterschaft, konnte feststellen, daß der Betrieb trotz aller (Häcker) Unbranzung und zum arbeitete. (Trotz der 1800 Arbeiter.) Um aber Schutz zu haben, weil man befürchtete, daß die arbeitenden Arbeiter die möglichen Ueberstundenmufferei etwa bestrafen würden, war auch die Polizei zum Schutz der 75-Stunden-Arbeiter anwesend.

Es ist bezeichnend, daß sich die reformistischen Betriebsräte als allezeitig zum dem Betriebe magten.

Ironarbeiten-Arbeiterschaft! Wir warnen euch das letzte Mal. Wenn ihr malter der Schandlitz Schlichter sein? Dagt eure Betriebsräte, die bei Sonntags- und 75-Stunden-Arbeit zugestimmt haben, zum Teufel!

## Bolkshain

Achtung, Arbeitsgebietkonferenz!

Sonntag, den 14. Dezember, pünktlich 8.30 Uhr vormittags, findet im Bolkshain im Lokal Trutzmann eine wichtige Arbeitsgebietkonferenz statt, zu der nachstehende Ortsgruppen und Zellen Delegierte entsenden müssen: Bolkshain, Gieselsdorf, Stelesau, Gammowitz, Gieselsdorf, Gieselsdorf und Gieselsdorf. Die Zahl der Delegierten der Ortsgruppen und Zellen ist im Schreiben der Arbeitsgebietkonferenz über der USG. mitgeteilt und muß unbedingt erachtet werden. Die Arbeitsgebietkonferenz

„Wir wissen, daß der Etat zwangsweise eingeführt wird, warum sollen wir da nicht aus Agitation dagegenstimmigen?“

Diese Betrüger geben also selbst ihre Entlarvung zu. Genosse Müller erhielt bei dieser Behandlung des Stats einen Ordnungszettel. Müller (bürgerlich) erklärte: „Wir haben gesehen, daß wir bei der Abstimmung sowohl in der Minderheit geblieben wären, und deshalb haben wir nicht erst dafür gestimmt.“ So wurde der Etat einstimmig abgelehnt. Von den Bürgerlichen, weil ihnen der Mut fehlte, von den Nazis aus reiner Demagogie, von den Sozialisten aus reinen Agitationsgründen. Einzige und allein der sozialistische Vertreter lehnte denselben ab, weil der Etat einen Klassenetat brutalster Form darstellte.

Nachdem der Etat abgelehnt war, erklärte der Bürgermeister, daß er die Aufsichtsbehörden benachrichtigen werde, und der gesamte Magistrat verließ zum Zeichen des Protestes den Sitzungssaal. Nun beachte man: Die SPD. stimmte gegen den Etat, und ihr Genosse Seidel als Magistratsmitglied verließ um Protest der Sitzungssaal. Kann es eine größere Heuchelei geben?

Da man seit Monaten um eine Winter- und Weihnachtshilfe kühnhandelt und nichts Positives schafft, hatte Genosse Müller noch mehr eine Weihnachtshilfe gefordert, und zwar:

Für den Ehemann 15 Mark, für die Frau 10 Mark, für jedes Kind 5 Mark; für Kohle 10 Mark, bei Hochfahrtdampfern erhöht sich der Satz um je 5 Mark.

SPD. und Nazis sprachen für Ueberweisung des Antrages an den Magistrat, Genosse Müller dagegen, weil er dann sowieso nur in den Papierkorb wandert, und erklärte, falls man den Gewerkschaften nichts gäbe, würden diese von uns aufgefördert werden, sich etwas zu erkämpfen. Wegen die Stimme des Genossen Müller wurde der Antrag dem Magistrat, d. h. der Verwaltung, überlesen. Ein Antrag der SPD., die vom Magistrat beschlossene Erhöhung von Gas, Wasser und Strom um je fünf Pfennig abzulehnen, wurde angenommen und die Sitzung hierauf geschlossen. Erwerbslose, Wohlfahrtsempfänger! Laßt euch diese Behandlung nicht gefallen! Heraus auf die Straße! Marschiert vor die Rathhäuser und zeigt den Arbeitseinden, daß ihr nicht gewillt seid, euch um die Weihnachtshilfe betrogen zu lassen!

## Niederschlesien

## Unser Staatsanwalt arbeitet schnell . . . wenn es sich um Arbeiter handelt!

Gürlitz. Wir hatten bereits mitgeteilt, daß man hier mehrere Arbeiter verhaftet hatte. Es sind jetzt noch acht Genossen in Haft. Die Verhandlung unserer Genossen ist nur ein einziger großer Skandal. Sie sind vollständig von der Außenwelt abgeschnitten, kein Ansehlicher darf sie sprechen um. Bemerkenswert ist es, wie eilig die Staatsanwaltschaft in diesem Falle „arbeiten“ kann, weil es sich um Braten handelt. In vierzehn Tagen ist die Anklage fertig und schon in zehntlich drei Wochen kann der Termin stattfinden. Bierschke Angestellte und 48 Zeugen. Fleberhaft wurde „gearbeitet“, selbst der neue Oberstaatsanwalt hat „Ueberstunden“ gemacht.

Was will man nun begreifen? Die Arbeiterklasse soll sich weiter die Provokationen der Nazi-Banden gefallen lassen. Wo blieb die Polizei, als die Nazis Abend für Abend die Arbeiter in der Altstadt überfielen und sie mißhandelten? Man sucht nach den Tätern, welche junggepflanzte Bäume austreiben.

Hat die Polizei noch nicht gesehen, daß die Nazis bei ihren Märschen durch die Altstadt nicht nur Mite Anstypel, sondern auch junge Bäume über den Schultern tragen?

Wissen Mandanten gegenüber ist ja auch die Polizei blind. So etwas sehen weder Herr Winkel noch Herr Winkelmann. Trägt aber ein Arbeiter einen Koffer vom früheren KZ, da ist schon der ganze Stolz da. Man haben sich mal die Arbeiter endlich ihrer Haut gewischt, und schon drohen die Gefängniswachen. Bei den Feststellungen des „Feldkammer“ hat sich Herr Winkel besonders hervorgetan. Ihm kam es in der Hauptfrage darauf an, unsere Genossen aus der Arbeit zu bringen. Von der Arbeit weg werden unsere Genossen verhaftet, und bei der Vernehmung hat der sich immer als unerschütterlich hinstellende Winkel in der gemeinsamen Weisheit betätigt. Oder ist es etwa nicht unerschütterlich, wenn man bei der Vernehmung einer Frau die Lär zuckelt? Wir nehmen an, daß eine Frau diesen Menschen nicht freisetzen wird. Nun, Herr Winkel kann versichert sein, der Eifer, den er entfaltet, wird unsere Bewegung nicht

hemmen und sein „Eifer“ wird auch von uns nicht vergessen werden. Handelt es sich um Nazis oder einen Major Müller, dann wird nach einem halben Jahr das Verfahren eingestellt. Bei Arbeitern geht es im D-Zug-Tempo.

Klassengenossen! Am 15. Dezember 1930 ist der Termin gegen unsere Arbeitsbrüder. Heraus zum Protest, und unterstützt die Winterhillskampagne der Noten-Hilfe!

## Liegnitz

Achtung!

### Rote Hilfe!

Achtung!

Am Freitag, dem 12. Dezember, findet im Restaurant „Am Saag“ eine Fundgebung der Noten-Hilfe statt.

Es wird zunächst gesprochen über das Thema: „Wenn das Dritte Reich kommt.“

Anschließend an diesen Vortrag soll in einem Lichtbildervortrag die Bedeutung des „berühmten“ Paragraphen 218 aufgezeigt und über die Frage gesprochen werden: „Abtreibung oder Schwangerschaft?“ Eintrittskarten für diese Winterkampagne der Noten-Hilfe unterstehende Bezahlung sind bei allen Funktionären der Noten-Hilfe und der Partei zum Preise von 30 Pfennig zu haben. Ortsablässe zahlen 20 Pfennig. Am Sonnabend, dem 13. Dezember, Weihnachtshilfe der USG im „Schleierkühl“.

Immer weiße Zähne. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnpaste Chlorodont benutzen. Noch nie hat sie uns enttäuscht! Wir hatten immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, um so mehr, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Rundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnbürsten“ gez. G. Chuboba, Jr. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 Pf. und 1 Mt. und welse jeden Ersatz dafür zurück.

# Im Feuer des Kampfes wächst in Deutschland eine mächtige revolutionäre Gewerkschaftsbewegung

## Die Reichskonferenz der RGD. — Organisierung der Kämpfe von Millionen Ausgebeuteten um Brot und Macht — Die historische Bedeutung des Berliner Metallstreiks — Der rote Metallarbeiterverband signalisiert einen Wendepunkt in der deutschen Arbeiterbewegung

Am 15. und 16. November fand in Berlin eine Reichskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition statt, die von 140 Vertretern aus allen Teilen des Reiches besucht war.

Die Tagesordnung lautete: 1. Die Beschlüsse des V. RGD-Kongresses, die Lehren des Berliner Metallarbeiterkampfes und die nächsten Kampfaufgaben der RGD. 2. Die RGD und der Kampf der Jungarbeiter und Lehrlinge. 3. Der organisatorische Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition. 4. Betriebsräte- und Betriebsverwaltungswahlen.

Genosse Ullrich leitete einleitend, daß die Einberufung der Konferenz erfolgte, um die neuen Kampfaufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition auf Grund der Beschlüsse des

5. RGD-Kongresses zu beraten. Die Konferenz tagt unter den Bedingungen des beschleunigten Tempos des revolutionären Aufschwungs in Deutschland. In dieser Situation gilt es, die RGD zu der gewerkschaftlichen Kampforganisation der deutschen Arbeiter zu machen. In der Stunde der Lösung dieser Aufgaben soll diese Konferenz das Kampfprogramm der revolutionären Gewerkschaftsopposition beschließen, die Kampferfahrungen der Streikbewegungen der letzten Monate, insbesondere im Berliner Metallarbeiterstreik, beraten, damit in den kommenden Bewegungen unter Führung der RGD die Masse der Arbeiter die größte Initiative in der Organisierung und Durchführung der Streikbewegungen entfaltet.

Nach der Wahl des Präsidiums und der Erledigung anderer Formalitäten erhielt Genosse Dahlem das Wort zu seinem Referat.

versucht, den Streik auf die RWM-Betriebe zu lokalisieren: den übrigen Betrieben wurde direkt verboten, zu streiken, obwohl in diesen Betrieben über 100 000 Metallarbeiter beschäftigt sind. Sie haben abgelehnt, die Angehörigen der RWM-Betriebe in die Bewegung hineinzuziehen. Sie haben versucht, die Unorganisierten gegen die Organisierten, die Jugendlichen gegen die Erwachsenen auszuspielen.

Am 28. Oktober unterzeichnete Ulrich die Vereinbarung über Streikabbruch. In den Betrieben, in denen die RGD keine feste Positionen hatte, wie bei Siemens und in der RSG-Turbine, wurde die Aufnahme der Arbeit von der DMB-Bürokratie durchgeführt, ohne die Belegschaften auch auf irgendwelche Art und Weise zu befragen. Das hat dem Streik das Genie gebrochen. Die DMB-Bürokratie schrieb in ihrem „Vorwärts“ über den „Erfolg des Streikbewegung“.

Es folgte dann der Schiedsspruch vom 8. November, der genau denselben achtprozentigen Lohnabbau brachte, wie der erste Schiedsspruch, dessentwegen die Metallarbeiter in den Kampf gegangen waren. Die Bürokratie und der „Vorwärts“ gaben einige radikale Sätze von sich, erklärten aber, der Schiedsspruch sei bindend; man müsse zum Kampf am 1. Juli 1931 rufen.

## Das Referat des Genossen Dahlem

Der Genosse Dahlem charakterisiert in der Einleitung zu seinem Referat die allgemeine politische Lage in Deutschland und kommt auf den Berliner Metallstreik zu sprechen. Er führte aus:

Man kann den Berliner Metallstreik keineswegs gesondert behandeln, ohne die gesamte politische Lage, in der wir uns in Deutschland befinden, zu berücksichtigen. Der Berliner Metallstreik, der größte Kampf der letzten Jahre, ist zu gleicher Zeit ein Ergebnis und mächtiger Faktor der gesamten Entwicklung. Dieser Streik war keineswegs eine reine Abwehrbewegung, er war seinem ganzen politischen Inhalt nach, der ganzen Stimmung der Massen nach, die in den Beschlüssen der Belegschaften ihren dokumentarischen Ausdruck fanden, eine Gegenoffensive nicht nur gegen das Unternehmertum, sondern gegen die ganze Politik der Brüning-Regierung. Am Anfang des Streiks war es überhaupt nur die RGD, die Belegschaftsversammlungen einberief. Der DMB ging inmitten des Kampfes zu einer Versammlungskampagne über, die Versammlungen wurden aber durchwegs von uns übernommen. Die Belegschaften stellten überall, zusammen mit Lohnforderungen, auch politische Forderungen und Lösungen gegen das Schlichtungswesen, gegen den Einfluß der Polizei, gegen das ganze Hungerprogramm der Brüning-Regierung.

Feinde und Freunde sind sich darüber klar, daß der Berliner Metallstreik eine Bedeutung hat, die weit über die Grenzen der Berliner Metallindustrie hinausgeht. Das haben die Zwangsjücker in der Begründung des Metallstreiks öffentlich erklärt; das erklärt die gesamte bürgerliche Presse, das ist zum Gemeinplatz geworden. Der Berliner Metallstreik gewinnt deshalb für Millionen deutsche Arbeiter, die jetzt in Tarifbewegungen stehen, für die gesamte deutsche Arbeiterklasse eine außerordentliche Bedeutung. Die Lehren dieses Streiks müssen nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich studiert werden.

### Strategie des Kampfes und Strategie des Verrats

Mit besonderer Genauigkeit müssen die zwei großen Richtungen, die in diesem Streik gegeneinander kämpften, vor die Augen der breitesten Massen der deutschen Arbeiter geführt werden. Die Strategie und Taktik der DMB-Bürokratie und die Strategie und Taktik der revolutionären Gewerkschaftsopposition — das sind die zwei Wege, unter denen die Arbeiterklasse wählen muß.

Die große strategische Linie des deutschen Sozialfaschismus ist bekannt: Rettung des absterbenden, verkauften Kapitalismus. Da das nur auf Kosten der weiteren Auspressung der Arbeitermassen möglich ist, so muß mit aller Entschiedenheit die weitere Unterdrückung und Knechtung der Werktätigen durchgeführt werden. Deshalb die Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung, des Abbaus der Sozialpolitik, der Massenfeuern, des Hungerprogramms der Brüning-Regierung. Diese große strategische Linie des Verrats an den Lebensinteressen der Arbeiter diktiert der DMB-Bürokratie ihre Taktik im Berliner Metallstreik.

### Die Stappen des DMB-Verrats

Der Berliner Metallstreik ist ein typisches Beispiel für alle Methoden der Streikbruchtaktik der Reformisten. Tag für Tag konnten wir das beobachten. Als unter dem Druck der Mobilisierung der RGD eine Streikflut, ein Streiksturm in die Belegschaften kam, als immer mehr Betriebe streikfertig waren, hielt es die DMB-Bürokratie für zweckmäßig, auch den Streik zu proklamieren. Die Angst, daß entscheidende Großbetriebe unter Führung der RGD allein, ohne den DMB, in den Kampf gehen würden, zwang die Bürokratie zur Streikproklamation. Die Bürokratie bedienten sich in den Tagen vor dem Streik einer sehr radikalen Phrasologie. Sie erinnerte an den Ausspruch von Ulrich: „Keinen zehnten Teil des Lohnabbaus“, an den Artikel von Brandes im „Vorwärts“ mit dem Satz: „Was notwendig ist, ist eine Erhöhung der Löhne“. Sie versuchten mit Hilfe der radikalen Phrasen, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und bei der ersten besten Gelegenheit den Kampf abzubreden.

Wir haben während des Streiks gesehen, wie die DMB-Bürokratie ein ganzes System von Streikbruchmethoden angewandt hat, um die Kampffront in sich zerfallen zu lassen. Sie

haben Rotkundsarbeiter in Hülle und Fülle in die Betriebe gelassen. Sie haben Anweisung gegeben, daß die Lehrlinge Streikbrucharbeit durchzuführen haben. Sie haben

## Die RGD im Metallkampf

Was ist die Strategie und Taktik der RGD? Unsere große strategische Linie kennt die deutsche Arbeiterklasse: Wir sind der Auffassung, daß es nicht die Aufgabe der Arbeiterklasse ist, Opfer für die Erhaltung des zusammenstürzenden kapitalistischen Systems zu bringen. Wir sind vielmehr der erbitterteste Gegner des Systems der Lohnsklaverei. Wir sind für die Organisierung des Kampfes der Massen auf der breitesten Grundlage, um den Anschlag auf ihre Lebenshaltung zurückzuweisen.

Unsere Taktik im Metallkampf hatte unsere strategische Einstellung zum Ausgangspunkt. Was waren unsere wirtschaftlichen Forderungen? Kein Lohnabbau, 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Brot und Arbeit für die Erwerbslosen, Lohnerhöhung. Mit der letzten Forderung — Lohnerhöhung — haben wir einige Erfahrungen gemacht, die von den Kollegen im Reich beachtet werden müssen. Wir haben zuerst eine Lohnforderung von 20 Pf. aufgestellt. Diese Forderung entsprach aber nicht der Einstellung der Massen. Es zeigt sich, wo die RGD auftrat, sei es in Delegiertenkonferenzen, öffentlichen Versammlungen oder Demonstrationen, daß die Forderung der Lohnerhöhung von 20 Pf. hochklang, also zu hoch gesetzt war, so daß die Massen an die Möglichkeit ihrer Durchsetzung in der jetzigen Situation nicht glaubten. Im Vordergrund standen die Abwehr des Lohnabbaus und die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.

Die politischen Forderungen waren richtig aufgestellt. Die Massen verstanden sie und machten sie sich zu eigen. Die Parole der Verkürzung des Streiks gelang uns nicht, in die Tat umzusetzen. Nur 17 Metallbetriebe in Berlin, die keine RWM-Betriebe sind, streikten. Im Reich sind eine ganze Reihe Betriebe vorhanden, die Zweigbetriebe der Berliner Metallbetriebe sind; aber auch dort gelang es uns nicht, den Kampf zu entfalten. Wir haben eine große materielle und moralische Unterstützung in Berlin und im ganzen Reich mobilisiert. Die RGD und ihre Sektionen, insbesondere die russischen

Gewerkschaften, gaben den Berliner Metallarbeitern ihre volle moralische Unterstützung. In Berlin gab es in der letzten Woche ungefähr siebzig Rügen, von denen etwa 30 000 Arbeiter pro Tag verspflegt wurden.

Die Vorbereitung des Metallstreiks war zweifellos mangelhaft. Nur in der letzten Zeit vor dem Streik ist es uns gelungen, vorbereitende Kampfschritte in den großen Metallbetrieben zu organisieren. Ein Fehler in unserer Taktik in der Vorbereitung des Streiks hat sich an uns gerächt. Die Terminsetzung des Streiks auf den 5. Oktober war eine Uebersehung unserer damaligen Kräfte; die spätere Terminsetzung auf den 8. November war eine Untersehung unserer Kräfte. Hier sind wichtige Lehren über die Terminsetzung eines Kampfes zu ziehen. Die Fehler konnten schnell korrigiert werden. Im Laufe des Kampfes gelang es uns, in etwa 170 Betrieben gut arbeitende Streikleitungen zu schaffen.

Es muß gesagt werden, daß die „Rote Fahne“ in der Organisierung und Führung des Streiks eine große Rolle gespielt hat. Sie hat durch ihre „Streikzeitung“ Tag für Tag die Stappen angegeben, die politischen Forderungen und die organisatorischen Schritte aufgezeigt. Es ist eine riesige Arbeit durchgeführt worden auf dem Gebiet der politischen Erziehung der streikenden Arbeiterklasse.

Als ein Mangel in der Führung des Streiks unsererseits muß die ungenügende Fraktionsarbeit im DMB und den übrigen Verbänden betrachtet werden. Vor dem Streik waren in Berlin Branchenversammlungen des DMB. Unsere Genossen sind dort wenig aufgetreten, obwohl der Boden für uns sehr günstig war.

Wir konnten während des Streiks 14 000 Metallarbeiter als RGD-Mitglieder gewinnen. Die Auflage des „Metallblod“ hat 16 000 erreicht. Viele hunderte neue Funktionäre sind im Feuer des Kampfes geschaffen worden, die jetzt für die RGD und für den roten Metallarbeiterverband werben werden.

## Was hat der Metallstreik gezeigt?

Der Verlauf des Berliner Metallstreiks hat mit großer Anschaulichkeit die Richtigkeit der Beschlüsse des 5. RGD-Kongresses illustriert. Wir konnten das in jeder Phase des Kampfes selbst sehen. Hundertmal recht hatte der RGD-Kongress, als er den Satz aufgestellt hat: Wirtschaftskämpfe sind die beste Revolutionsschule für die Arbeitermassen. Wer den Berliner Metallstreik miterlebt hat, hat gesehen, welche Summe von Klassenhaß, von revolutionärer Empörung und Erbitterung, welcher Kampfesmut sich besonders bei den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern gezeigt hat. Sechs Jahre lang haben die Berliner Metallarbeiter nicht gestreikt. Innerhalb von 14 Streiktagen ist der Reformismus viel mehr bloßgelegt worden als in vielen Monaten durch unsere Agitation und Propaganda. Wir können mit aller Deutlichkeit feststellen, was an revolutionärer Energie in diesen 14 Tagen von der Berliner Arbeiterklasse akkumuliert worden ist. Diese Energie hat nicht nur ihre Bedeutung für die nächsten Wirtschaftskämpfe, sondern für alle Kämpfe der nächsten Zukunft.

### Eine reformistische Legende geplatzt

Der Berliner Metallstreik hat darüber hinaus seine prinzipielle Bedeutung dadurch, daß er z. B. die reformistische Legende geplatzt, wonach in der Zeit einer großen Krise keine Kämpfe geführt werden können. Die Reformisten stellen behauptet die These auf: Bei einer Millionenerwerbslosigkeit kann man keine Streiks führen, weil die Erwerbslosen ihren Rücken gegen die Revolution in den Rücken fallen werden. Gerade das Gegenteil hat sich gezeigt, die Erwerbslosen in Berlin waren mit die besten Truppen bei der Führung des Streiks! Es ist während des Streiks gelungen, die Unorganisierten

reklos in der Kampffront zu halten. Hier hat sich genau wie in Nordwest und Mansfeld gezeigt, daß nicht die hungernden Unorganisierten, sondern die satten Bürokraten die Gefahr für einen Streik sind. Ähnlich kann man über die Rolle der Arbeiterinnen sprechen und über die der Jungarbeiter. Sie standen in der vordersten Reihe des Kampfes.

### Ruhrbergbau und Metall

Der Berliner Metallstreik war die erste große Klassenkollision. Jetzt kommt es darauf an, alle Kräfte auf die Auflösung des Metallarbeiterstreiks in Berlin und im ganzen Reich zu konzentrieren. Der nächstgrößte geographisch-klassische Punkt, auf den sich die Klassenkräfte in Deutschland konzentrieren, ist der Ruhrbergbau. Die Unternehmer im gesamten Bergbau, im Aachener Revier, im Saargebiet, in Schlesien und Sachsen warten auf den Ausgang des Kampfes an der Ruhr. Es ist unsere Pflicht, alle Kräfte einzusetzen, um das Ruhrproletariat zu unterstützen, den Angriff der Unternehmer abzuwehren. Zu gleicher Zeit ist es die Metallindustrie im Reich, in der sich die nächsten Kämpfe abspielen werden. Bergbau und Metall stehen jetzt im Mittelpunkt des Ringens der Klassenkräfte in Deutschland. Die Kämpfe in diesen Industriezweigen werden maßgebend sein für die gesamte Lage des deutschen Proletariats.

Das bedeutet natürlich keineswegs, daß wir die anderen Industriezweige und Wirtschaftsgebiete vernachlässigen können. Man muß aber im Klassenkampf, genau wie im Kriege, die Knotenpunkte, die für die kämpfenden Armeen von großer Bedeutung sind, niemals aus dem Auge lassen. In der gesamten übrigen Industrie, wo ebenfalls der Lohnabbau

droh, die Tarife ablaufen, steht die Streikleitung in allen Betrieben auf der Tagesordnung.

### Die gewaltigen Aufgaben der RGO.

In allen Fabriken und Schächten, in den Büros und den Kaufhäusern steht die RGO an der Spitze der arbeitenden Massen. Sie organisiert und führt ihre Kämpfe, sie formuliert die Forderungen, sie vertritt rücksichtslos die Interessen der Arbeiter gegen die Kapitalisten. Wir stellen unsere Forderungen für die Industriearbeiter, Erwerbslosen, Arbeiterinnen, Jugendlichen, Landarbeiter und Angestellten auf. Alle Probleme des Arbeiterlebens, alle Dinge, die mit der täglichen Interessenvertretung der Arbeiter zu tun haben, alle materiellen Forderungen der Arbeiter stehen im Mittelpunkt der RGO-Politik. Deshalb ist es notwendig, in raschem Tempo Betriebsgruppen aufzubauen, Erwerbslosengruppen zu schaffen und die Arbeit der RGO-Fraaktionen in den reformistischen Gewerkschaften zu vervollständigen.

Der Berliner Metallstreik hat zur Schaffung eines roten Metallarbeiterverbandes in Berlin geführt. Im Feuer des Kampfes, im Gesicht des Streiks ist die Berliner Metallarbeiterfraktion zu der Ueberzeugung gekommen, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, um erfolgreiche Kämpfe zu führen, zu einer mächtigen, kraft organisierten gewerkschaftlichen Massenorganisation ausgebaut werden muß. Die Schaf-

fung des roten Metallarbeiterverbandes in Berlin ist ein Signal für die ganze Arbeiterklasse. Millionen deutscher Arbeiter horchen auf, sie sehen zu, wie diese neue, gewaltige Tatsache in der revolutionären Bewegung aussieht. Die Massen werden nur an Hand von Tatsachen.

Wir kämpfen in Deutschland eine mächtige selbständige revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, die die Kämpfe der Arbeiterklasse um Brot und Macht führen soll. Der rote Metallarbeiterverband in Berlin ist der Ausdruck dafür, daß die deutsche Arbeiterbewegung an einem Wendepunkt von großer historischer Bedeutung angelangt ist. Der rote Metallarbeiterverband zeigt den Weg, auf dem die RGO in der Entwicklung zukunfts.

Wir müssen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit aller Energie ausbauen. Wir müssen aber gleichzeitig unsere Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften vervollständigen. Wir sind uns klar, daß die Gewerkschaftsopposition den Kampf gegen uns auf Leben und Tod aufnehmen wird. Sie wird ganz genau, was für sie auf dem Spiel steht. In jedem Betrieb, in jeder Abteilung, in jeder Gewerkschaftsversammlung wird der unerbittliche Kampf zwischen dem Gewerkschaftsapparat und der revolutionären Gewerkschaftsopposition ausbrochen. Wir sind im Angriff gegen den Reformismus. Wir führen ihn als die Vertreter der besten Schichten des deutschen Proletariats gegen die Eliten, die die Massenorganisationen der deutschen Gewerkschaften beherrscht und vorgezwängt. Wir werden in diesem Kampf die Sieger sein!

verschiedene Verbände bestehen — Metallarbeiter, Landarbeiter und Textilarbeiter —, müssen selbstverständlich die verschiedenen Fraktionen organisiert werden.

Die ausführenden Organe der Industrieergänzung sind: 1. die Betriebsgruppen der RGO; 2. die Erwerbslosengruppen der RGO; 3. die gewerkschaftlichen Fraktionen in den verschiedenen Gewerkschaften; 4. die roten Verbände. Es ist selbstverständlich, daß die roten Verbände als Teil der revolutionären Gewerkschaftsbewegung den Beschlüssen der leitenden RGO-Organe, und im örtlichen Maßstab der RGO-Industrieergänzung unterstehen.

Die Presse ist die wichtigste propagandistische Waffe. Wenn sie ihren Zweck erfüllen soll, müssen aus den bisherigen Organen Massenorgane der RGO gemacht werden. Deshalb wird grundsätzlich

für jede Industrieergänzung nur ein Organ

herauskommen mit Beilagen für große Industriebezirke. Eine Ausnahme in der zentralen Regelung der Pressefrage machen die Erwerbslosengruppen. Sie werden nach wie vor bezüglich Veranschlagung, um den verschiedenen anders gelagerten Verhältnissen gerecht zu werden.

Die Reichsleitungen der Industrieergänzung werden obligatorisch und gratis an alle Mitglieder geliefert. Darüber hinaus müssen natürlich alle Industrieergänzungsetzungen in den Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen in Massen umgesetzt werden.

Auf die Frage der Wählbarkeit, die Abberufung von Funktionären und des Ausschlusses von Mitgliedern soll hier nicht näher eingegangen werden, weil es dabei sicher keine Differenzen geben wird. Der noch bestehende Mangel an Funktionären muß durch energische Heranschulung von neuen Kadern wettgemacht und die Engbergigkeit in bezug auf Heranziehung von unorganisierten Arbeitern in den Funktionärsapparat überwunden werden. Sonst werden wir nicht in der Lage sein, die vor uns stehenden Aufgaben durchzuführen.

## Der organisatorische Aufbau der RGO.

Genosse E. M. K. stellt in seinem Referat fest, daß die RGO seit dem 1. Reichstagskongreß bereits gewerkschaftliche Erfolge zu verzeichnen hat und daß ihr politischer Einfluß gewaltig gestiegen ist. Nicht Schritt gehalten hat damit die organisatorische Verankerung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in den Betrieben und Arbeitsnachweisen.

Der V. Kongreß der RGO stellt allen Sektionen die Aufgabe, auf dem Gebiet der organisatorischen Tätigkeit eine energische Bewegung vorzunehmen. Nach einer Kritik an der bisherigen Arbeit betonte der Redner, daß die

Schaffung von Betriebsgruppen eine Lebensfrage für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition

in Deutschland ist.

In eine Betriebsgruppe der RGO werden alle Anhänger der RGO, ungeachtet ihrer politischen, religiösen oder sonstigen Weltanschauung aufgenommen, wenn sie nur gewillt sind, gegen Unternehmer und gegen den sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparat zu kämpfen. In den Orten, wo nur wenige Betriebe bestehen, werden Betriebsgruppen einer Industrieergänzung geschaffen. Die Registrierung in offenen Betriebsgruppen erfolgt nach gewerkschaftlicher Zugehörigkeit und nach Abteilungen. Zur Förderung unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit werden außerdem alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einer Betriebsfraktion der RGO zusammengefaßt.

Die Betriebsgruppe ist verpflichtet, sofort in jedem Betrieb einen revolutionären Vertrauensmännerapparat aufzubauen. Die Verantwortung für die gesamte politische und organisatorische Arbeit innerhalb eines Betriebes trägt die Betriebsgruppenleitung, deren Zusammensetzung von der Größe des Betriebes und der Stärke der RGO-Betriebsgruppe abhängt. In Betrieben, in denen die Jugend stärker vertreten ist, werden besondere Jugendgruppen gebildet; auch in Betrieben mit starken Frauenbelegschaften ist die Organisation besonderer Frauenkommissionen notwendig, die ihre Arbeit natürlich im Rahmen der Betriebsgruppe durchzuführen haben.

Jede RGO-Betriebsgruppe muß eine enge organisatorische Verbindung mit den Erwerbslosen ihres Gebietes eingehen.

Zu jeder Betriebsgruppenleiterungsfraktion, zu jeder Betriebsgruppenversammlung müssen Arbeitskräfte hinzugezogen werden. Alle Anhänger der RGO erhalten in den Betrieben eine Mitgliedskarte ihrer Industrieergänzung. Das trifft auch für die erwerbslosen RGO-Anhänger zu.

### Vertiefung des Erwerbslosenarbeit

Die Beschlüsse des 5. Kongresses verpflichten die RGO, die Arbeit unter den Erwerbslosen zu vertiefen. Die bisherige löse Erhaltung der Erwerbslosen gehörig nicht mehr, um die besten revolutionären Energien, die in den Massen der Erwerbslosen liegen, zur Organisation des revolutionären Klassenkampfes auszunutzen.

Zur Unterstützung des Erwerbslosenadressesbuches muß auch auf den Stempelstellen genau wie in den Betrieben ein revolutionärer Vertrauensmännerkörper geschaffen werden sowie besondere Frauen- und Jugendkommissionen. In Orten, wo mehrere Stempelstellen bestehen, wählen sich sämtliche Erwerbslosenausschüsse einer örtlichen Erwerbslosengruppenausschuß, der dann für die gesamte politisch-organisatorische Tätigkeit unter den Erwerbslosen des Ortes verantwortlich ist. Nach den Beschlüssen des 5. RGO-Kongresses sind die roten Verbände verpflichtet, erwerbslose Mitglieder als gleichberechtigte Mitglieder aufzunehmen. Erwerbslose, die ausgegrenzt sind, müssen von den roten Verbänden ohne jede Beitragszahlung organisiert werden.

RGO-Betriebsgruppe und Erwerbslosengruppe sind die Fundamente, auf denen sich der vertikale und horizontale Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Deutschland vollzieht. Dabei hat die örtliche Industrieergänzung

die Aufgabe, die Mitglieder der RGO-Gruppen zu organisieren und zu führen. Eine wichtige Aufgabe dieser Industrieergänzung ist auch, die Fraktionsarbeit in den reformistischen Organisationen zu organisieren. Wo, wie in der Industrieergänzung Textil, drei

## Die Diskussion

Als erster Redner spricht ein Vertreter des RGO-Kongresses und geht auf die Vorgehensweise, das Metallarbeiterstreiks ausführlich ein. In den Berliner Betrieben wurde festgestellt, daß in mindestens 85 Prozent aller Betriebe bei Beginn des Streiks von den Reformisten keine Streikleitungen gewählt wurden. In 75 Prozent aller Betriebe haben wir uns das nicht gefallen können, sondern haben sofort Betriebsversammlungen einberufen und Streikleitungen gewählt.

Das Verhalten der reformistischen Gewerkschaften in dem Berliner Metallarbeiterstreik hat den Weg gewiesen, den diese Gewerkschaften in der Zukunft gehen werden. Die Berliner Metallarbeiter haben daraus die Konsequenzen gezogen und haben einen roten Metallarbeiterverband gegründet.

### Parteilose und unorganisierte Arbeiter entwickeln die größte Aktivität

Der Vertreter des Ruhrgebietes berichtet über die Erfolge der RGO. Beim Ausbruch des Textilarbeiterstreiks in Nordhorn hatte die RGO keinen Einfluß. Der Unternehmer wollte die Löhne um 20 Prozent abbauen. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie schlug vor, sich einen sechsprozentigen Lohnabbau gefallen zu lassen. Unter aktiver Teilnahme der unorganisierten haben die Textilarbeiter das mit Dietrichsleitermacht abgelehnt. Die Bewegung steht jetzt, wenn auch nicht hundertprozentig, unter der Führung der RGO.

Im Ruhrgebiet bestehen zu Zeit 62 wackernde Kampfausschüsse mit 34 Vertretungsstellen in den Betrieben, Zechenanlagen, die von uns bedient werden, übernehmen Patenschaften für andere Betriebe.

### Deutsche RGO-Arbeit

muß internationale Anerkennung finden

Mit Stürmlichkeit Beifall wurde der Vertreter des Volksgenossen der roten Gewerkschafts-Internationale von der Reichskonferenz empfangen. Der 5. RGO-Kongreß hat außerordentlich weittragende Beschlüsse für die Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland gefaßt. Jede Reichskonferenz hat die Aufgabe, diese grundsätzlichen Beschlüsse zu konkretisieren und ihre praktische Durchführung zu organisieren.

Die RGO ist die Vorstufe zur Bildung revolutionärer Gewerkschaften.

Die erste und Hauptvoraussetzung für die Bildung revolutionärer Gewerkschaften ist, daß ihre Bildung niemals eine Loslösung von den Massen, sondern ihre organisatorische Erfassung darstellt. Die zweite Voraussetzung ist, daß ihre Bildung keine mechanische Schaffung einer Gewerkschaft sein darf, sondern nur als Resultat des Kampfes gegen Unternehmertum und Gewerkschaftsbürokratie erfolgen darf. Die dritte Voraussetzung besteht darin, daß bei der Schaffung einer revolutionären Gewerkschaft die allgemeine Lage des Industriezweiges und des betreffenden Ortes berücksichtigt werden muß und nur unter Zustimmung der RGO Deutschlands vorgenommen werden darf.

Nachdem der Redner abschließend erklärt hatte, daß die RGO alle die bekämpfen wird, die sich gegen die Herausbildung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland wenden, betonte er, daß die Arbeit der RGO in Deutschland durch die angewandten Kampfmethoden, Mittel und Formen maßgeblich und beispielgebend für die gesamte Internationale werden muß.

Der Vertreter der RGO Thüringens erklärte, daß es durch die Arbeit der RGO den Unternehmern unmöglich gemacht wurde, den Rohstand ohne Widerstand durchzuführen.

Mit großer Aufmerksamkeit wurde der Bericht einer Berliner Metallarbeiterin angehört. 60 000 Frauen haben während des Berliner Metallstreiks im Kampf gestanden. In den Hauptbetrieben traten sie hundertprozentig in den Streik.

Die folgenden Diskussionen vom Niederrhein und vor Sachsen betonen von den Erfolgen ihrer Tätigkeit und weisen aber auch darauf hin, daß noch große Mängel bestehen.

Eine Jungarbeiterin aus Westfalen stellt fest, daß die Jungarbeiter im Berliner Metallarbeiterkampf bewiesen haben, daß sie eine wichtige Mittelschicht der gesamten Arbeiterklasse im Kampf sind.

Der Vertreter der RGO Hamburg berichtet über die außerordentlichen Erfolge der RGO, die durch hartnäckige Arbeit in den Streiks der Hüttenarbeiter und Textilarbeiter erzielt wurden. Innerhalb von drei Tagen war es möglich, 1000 vollkommen indifferente Arbeiterinnen unter roten Fahnen an revolutionären Vorposten demonstrieren zu lassen.

Nachdem Genosse E. W. ausführlich über die Arbeit und

die Lage der Erwerbslosen gesprochen hatte, betonte ein weiterer Redner aus dem Ruhrgebiet, daß die Arbeit der RGO vor allem auf die Erfassung der schlechtverdienenden Schichten der Arbeiterinnen und Jungarbeiter konzentriert werden muß.

Ein Vertreter der Angestellten betonte die große Wichtigkeit der Arbeit unter den sechs Millionen Angestellten, die es in Deutschland gibt, weil ein Versäumnis dieser Arbeit bedeutet, daß die Angestellten dem Faschismus in die Arme getrieben werden.

Nachdem der Vertreter der RGO Waben über die Arbeiten und die internen Schwierigkeiten in seinem Bezirk berichtet hatte, konnte ein Vertreter von RGO über den Kampf berichten, der unter Führung der roten Betriebsräte anlässlich des Grubenunglücks in Alsdorf durchgeführt wurde.

Auf die Wichtigkeit der Arbeit unter dem Landproletariat wurde von dem nächsten Redner nachdrücklich hingewiesen. Der

## Beiträge für RGO-Mitglieder

Die Reichskonferenz der RGO hat beschlossen, folgende Beiträge zu erheben:

Ausgeschlossene und unorganisierte	30 Pf. pro Woche
Frauen und Jungarbeiter	20 Pf. pro Woche
Landarbeiter und Jugendlose	10 Pf. pro Woche
Erwerbslose und Beheimatete	5 Pf. pro Woche
Organisierte in reformistischen Verbänden	10 Pf. pro Woche

Redner schildert die Schwierigkeiten bei der Organisation der Landarbeiter und fordert ihre beginnende Organisierung.

Nach weiteren Berichten des Vertreters der RGO aus dem Bezirk Halle-Merseburg sprach Genosse Klinger über die Wichtigkeit der Arbeit unter den Jugendlichen.

Genosse U. b. r. i. c. h. t. betonte in seinen Ausführungen, daß es nicht genügt, Sympathie mit der RGO zu haben. Es ist notwendig, eine Klassenorganisation der deutschen Arbeiter zu schaffen, in der alle Arbeiter zusammengefaßt werden, die die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen das Unternehmertum erkannt haben.

Den Berliner Metallindustriellen kam es nicht nur darauf an, den Lohn um 8 Prozent abzubauen.

Zum Schluß betonte der Redner: Wenn es möglich gewesen ist, in 165 Betrieben selbständige Streikleitungen zu wählen, so ist das zweifellos zu einem Teil das Ergebnis jener Vorarbeit, die bei den Betriebsrätemächtigkeiten systematisch begonnen wurde, und weil im Kampf um die Betriebe bei uns tätig führenden Funktionären der Gewerkschaftsapparat befestigt worden ist.

In der Diskussion sprachen dann noch Vertreter aus Schlesien, ein Vertreter des graphischen Gewerbes, eine Arbeiterin aus Sachsen sowie ein Vertreter aus Thüringen.

## Betriebsräte- und Ortsverwaltungen

Nach den Berichten der verschiedenen Kommissionen referierte Genosse A. u. e. r über die Vorbereitungsarbeiten der RGO zu den Betriebsräte- und Ortsverwaltungen. Der Redner erklärte, daß überall dort, wo bereits bei den letzten Betriebsräte- und Ortsverwaltungen die RGO aufgestellt worden sind, alles aufgegeben werden muß, um die entscheidende Mehrheit der Belegschaften zur Stimmabgabe für die roten Betriebsräte zu gewinnen.

In allen Betrieben, wo es RGO-Anhänger und RGO-Betriebsgruppen gibt, müssen zu den Betriebsräte- und Ortsverwaltungen RGO-Mitglieder aufgestellt werden. Jede gemeinsame Kandidatur von RGO-Anhängern und Reformisten muß abgelehnt werden.

Auch die Vorbereitungsarbeiten zu den Ortsverwaltungen wählen in den Gewerkschaften müssen sofort in Angriff genommen werden. Der Verrat der Reformisten bei der Lohnabbaukämpfe der Unternehmer hat eine große Erbitterung unter den Gewerkschaftsmitgliedern geschaffen, daß die besten Voraussetzungen dafür gegeben sind, die Beschlüsse des 5. RGO-Kongresses in die Tat umzusetzen, in denen eine verstärkte Arbeit der RGO-Fraaktionen in den Gewerkschaften gefordert wird.

Die Anhänger der RGO müssen alle Kräfte mobilisieren, um neue Tausende von Funktionären zu beschaffen, um so die Voraussetzungen zu schaffen, die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von dem Einfluß der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie zu befreien und für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen.

## RGO.-Taschenkalender

Im Internationalen Arbeiter-Verlag ist ein RGO.-Taschenkalender erschienen. Aus dem Inhalt: Kalendarien, Adressenmaterial, RGO-Organisationen, RGO-Presse, Parteiorganisation, Parteipresse, Arbeiterkulturorganisationen, Statistiken, Bevölkerung der Erde, Koloniale Verteilung der Welt, Werrüstungen usw., Streiks, Arbeitsmarkt, Die wichtigsten Bestimmungen des Arbeitsrechts, Krankenversicherung, Die Reichstagswahlen 1919/20, Die Sowjetunion, Karl Marx über die Rolle der Gewerkschaften, Lenin über die Rolle der Gewerkschaften, Marxistische Arbeiterschulung, fiedentage, Verzeichnis der Gewerkschafts- und Parteiliteratur usw.

In biegsamem, dauerhaftem Einband. Preis 50 Pfennig. Der RGO.-Kalender ist der beste Ratgeber für jeden Arbeiter, Gewerkschaftler und Parteifunktionär. Erhältlich bei den Bezirksausschüssen der RGO, und bei allen Literaturobjekten.